

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 7—8

Juli — August 1969

2 Schilling

Kampf den Vorurteilen!

Bevor man über Menschen oder Dinge urteilt, prüft man sie, überlegt. Man bildet sich über sie eine Meinung, man setzt sich mit dem Problem auseinander, man denkt nach, man tut alles, um Klarheit zu gewinnen.

In Diktaturen produzieren die Machthaber die „öffentliche“ Meinung. Sie urteilen über Nationen, Volksgruppen, Einzelpersonen, über Zustände und Begebenheiten, über Zusammenhänge und Hintergründe und fordern von den Menschen, daß sie diese Urteile kritiklos, ohne den Wahrheitsbeweis zu verlangen, übernehmen.

So konnte Hitler den Antisemitismus, den „Schandvertrag von Versailles“, die „Schmach des deutschen Volkes“ zur „moralischen“ Rechtfertigung seiner verbrecherischen Politik den Massen einimpfen. Die stereotype Wiederholung dergleichen „Wertungen“ und Diffamierungen hat zweifellos zur Beeinflussung der Massen geführt. Wer aber versuchte, sein eigenes kritisches Denken zu bewahren, gegen die Vorurteile aufzutreten, der war in der Zeit der Diktatur den größten Gefahren ausgesetzt.

Die Abstempelung politischer Gegner oder konstruierter „Feinde“ war und ist auch heute noch ein Mittel reaktionärer Politik. Schärfer als jede Polemik, wirksamer als jedes Argument in einer kritischen Debatte sind die anscheinend so belanglos hingeworfenen Bemerkungen: „... was will man denn von dem schon erwarten, er ist doch a Jud...“ Erinnern wir uns! In den beiden letzten Nationalratswahlkämpfen haben Andeutungen dieser Art eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt.

Vorurteile sind nicht bewiesene und auf ihren Wahrheitsgehalt nicht geprüfte Meinungen, die unbedacht nachgesprochen werden, oder kritiklos in das Unterbewußtsein eingebaute Vorstellungen, die bei gegebenem Anlaß ausgesprochen werden.

Vorurteile bedingen in sehr vielen Fällen eine Diskriminierung, eine „Verurteilung ohne Gerichtsverhandlung“. Eine demokratische Gemeinschaft, die sich zum Humanismus — Menschlichkeit, Menschenwürde — bekennt, muß mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen jede Form solcher „Gedankenlosigkeit“ auftreten. Für die Demokratie sind denkende, urteilsfähige, kritische Menschen eine Existenzfrage. Das Recht auf Mitbestimmung und Mitverantwortung erfordert doch zwingend das Mitdenken aller.

Wenn sich Staatsbürger dieses Rechts begeben, wenn sie „... das Denken dem Führer überlassen...“, ist das Bett für die Diktatur bereitet! Dabei macht es keinen Unterschied, ob wichtige politische Entscheidungen kritiklos von der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden, oder ob es sich „nur“ um die unwidersprochene Diskriminierung einer Minderheit oder eines einzelnen handelt.

Jeder Demokrat, jeder denkende Mensch muß gegen Vorurteile ankämpfen!

Er muß sich selbst frei von jeder Anfälligkeit in dieser Richtung machen. Er darf keine vorgefaßte Meinung zu seiner eigenen machen, ohne sie zu prüfen. Er muß auch gegen jedermann auftreten, der in der Öffentlichkeit versucht, anderen unbewiesene „Tatsachen“ aufzuschwätzen.

Ein Sozialist muß entschieden gegen jeden Ansatz zur Verbreitung von Vorurteilen Stellung nehmen: in der Organisation, im Betrieb, im Freundeskreis, unter Bekannten, beim Einkauf: wo immer sich der Ungeist regt, gilt es, gegen ihn aufzutreten!

Niemals vergessen!

Die 20. Opferfürsorgegesetz-Novelle

Die 20. Opferfürsorgegesetz-Novelle wurde nunmehr im Parlament beschlossen. Sie tritt am 1. Jänner 1970 in Kraft, und im Budget 1970 werden 2 Millionen Schilling zur Deckung der Kosten eingesetzt.

Die noch offenen Forderungen der Opfer des Faschismus und deren Hinterbliebenen werden mithin wieder nur zu einem Bruchteil erfüllt, und viele unserer Anliegen bleiben unberücksichtigt. Die Interessenvertreter der Opferverbände haben alles versucht, um Verständnis für unsere berechtigten Wünsche zu finden. In einer Vorsprache beim Klubobmann der ÖVP-Parlamentsfraktion, Vizekanzler Dr. Withalm, konnten wir zwar über unsere Probleme sprechen, eine Zusage für die Erfüllung der noch offenen Forderungen wurde jedoch nicht gegeben. Dr. Withalm wies in dieser Aussprache wiederholt darauf hin, daß es die gespannte budgetäre Lage nicht erlaube, mehr Mittel als vorgesehen für die 20. Novelle zur Verfügung zu stellen.

In der darauf folgenden Vorsprache beim Klubobmann der SPÖ-Parlamentsfraktion, DDr. Pittermann, erklärte dieser, daß die sozialistischen Abgeordneten einen Initiativantrag für eine 20. Novelle zum OFG eingebracht haben, in der alle Forderungen enthalten seien.

Was die 20. Novelle zum OFG bringt:

1. **Die Lebensgefährtin wird in allen Entschädigungsfragen der Witwe gleichgestellt.**
2. **Die erzwungene Emigration wird, sofern sie 42 Monate gedauert hat und die betreffende Person das schulpflichtige Alter erreicht hatte, als Schädigungstatbestand anerkannt, wodurch der Anspruch auf den Opferausweis besteht.**
3. **Ferner treten noch einige textliche Änderungen in Kraft, wonach die obersten Vollzugsorgane des Bundes nicht die Bundesministerien, sondern die Bundesminister sind.**

Was die 20. Novelle zum OFG **nicht** bringt:

1. Anspruch auf die Einkommensentschädigung schon bei einer Minderung des Einkommens von 30 und nicht wie bisher von 50 Prozent, wenn diese Schädigung durch mindestens 3½ Jahre bestanden hat.
2. Daß als Berufsschaden nicht nur der Abbruch eines Studiums oder einer Berufsausbildung, sondern auch der Abbruch einer Schulausbildung gilt. Außerdem soll die durch nachweisbare Verfolgungsmaßnahmen verhinderte Inangriffnahme einer solchen Ausbildung dem Abbruch gleichgesetzt werden.
3. Die Hinterbliebeneneigenschaft anzuerkennen, wenn das Opfer im Zeitpunkt

des Todes eine Opferrente entsprechend einer Erwerbsverminderung von 50 Prozent bezogen hat.

4. Der seit 1952 geltende Steuerfreibetrag von jährlich 4368 Schilling hätte auf 10.000 Schilling erhöht werden sollen.
5. Bei männlichen Opfern, die das 60., und bei weiblichen Opfern, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, sollen alle festgestellten Leiden bei der Bemessung der Opferrente berücksichtigt werden.
6. Bauern und Selbständige, die Inhaber einer Amtsbescheinigung sind, sollen das Recht haben, wahlweise weiterhin die Leistungen der Gebietskrankenkassen in Anspruch zu nehmen.
7. Eltern nach Opfern soll die Haftentschädigung auch dann gewährt werden, wenn sie im Besitz eines Opferausweises sind. Eltern, Geschwister, Witwer (Lebensgefährtin) sollten Anspruch auf die Haftentschädigung haben, ohne Rücksicht auf ihre soziale Lage.
8. Entschädigung auch für die Witwe (Lebensgefährtin), wenn der Tod des Opfers im Kampf um die Erhaltung der demokratischen Republik erfolgte.
9. Beim Zusammentreffen von Haftzeiten der Ehegatten sollte der überlebende Ehegatte pro Haftmonat 1290 Schilling (bisher 860 Schilling) als Haftentschädigung erhalten.
10. Daß Entschädigungsansprüche vererblich sein sollen.

Unsere sozialistischen Abgeordneten haben, um die gerechten Forderungen der Opferverbände durchzusetzen, 12 Anträge zur 20. Novelle zum OFG gestellt. Die Anträge wurden im Sozialausschuß durch die Genossen Ströer und Pfeffer vertreten. Genosse Skritek hat in der Sitzung des Nationalrates in einer eindrucksvollen Rede, die wir auszugsweise bringen, aufgezeigt, daß es eine Verpflichtung des Staates sei, die noch offenen Forderungen der Opfer zu erfüllen und die Härten aus dem Gesetz zu beseitigen. Genosse Skritek führte unter anderem aus:

Die 19. Opferfürsorgegesetz-Novelle wurde im Juli 1967 vom Hohen Haus verabschiedet. Schon bei den Beratungen damals wurde darauf verwiesen, daß noch eine Reihe von Fragen, die bei dieser 19. Novelle zum OFG zurückgestellt wurden, offen bleiben, diese aber sehr bald generell in der 20. Novelle erledigt werden sollen.

Niemand hat damals widersprochen, so daß angenommen werden konnte, daß tatsächlich bald eine Regelung erfolgen werde. Leider ist darüber das Jahr 1967 und das Jahr 1968 vergangen. In der Budgetdebatte des vergangenen Jahres habe ich Herrn Staatssekretär Bürkle noch einmal gefragt, wann mit der Verabschiedung der 20. Novelle zu rechnen sei. Der Herr Staatssekretär hat damals in Vertretung der Frau Sozialminister die Erklärung

abgegeben, daß nicht die Absicht besteht, eine 20. Novelle im Parlament einzubringen. Erstens sei keine Notwendigkeit mehr dazu — die seinerzeitigen Erklärungen waren schon vergessen — außerdem sei kein Geld dafür vorhanden; und drittens können einzelne Fälle im Härteausgleich erledigt werden. Die sozialistischen Abgeordneten haben daraufhin am 5. März 1969 einen Initiativantrag eingebracht, der die offenen Fragen und Forderungen der Opfer des Kampfes für ein demokratisches Österreich und der Opfer der politischen Verfolgung zum Gegenstand hat. Überdies habe ich an die Frau Sozialminister auch eine Anfrage bezüglich einer 20. Novelle gestellt. Anscheinend hat sich dann doch auf Grund dieser Initiative seitens der Sozialisten die Meinung der Regierung geändert. Am 24. April erhielten wir eine Regierungsvorlage für die 20. Novelle zum OFG. Der Inhalt dieser Novelle ist eine schwere Enttäuschung für die Menschen, die auf diese Novelle gewartet haben und die erwarteten, daß die 20. Novelle zum OFG endgültig die Erfüllung der noch offenen Forderungen bringen werde.

Die Regierungsvorlage enthält wohl 16 Punkte, wovon 7 Punkte nur textliche Änderungen enthalten, während es sich bei 6 Punkten nur um Ergänzungen handelt; nach dem Wort „Witwe“ wird das Wort „Lebensgefährtin“ eingesetzt. Also rein formelle Änderungen des Opferfürsorgegesetzes, aber völlig bedeutungslos für die Betroffenen. Es ist erstaunlich, daß nur eine so bescheidene Regelung zustandegekommen ist. Die sozialistischen Abgeordneten haben bei der Beratung im Sozialausschuß eine Reihe von Ergänzungsanträgen zu jenen Punkten gestellt, die schon im Initiativantrag vom 5. März enthalten sind. Ich möchte hier auch klarstellen, daß der Initiativantrag der sozialistischen Abgeordneten auf einem gemeinsamen Forderungsprogramm aller Opferverbände basiert. Wir haben das Forderungsprogramm übernommen und ins Parlament gebracht. Wir waren sehr enttäuscht, als unsere Anträge von der Mehrheit, von der Österreichischen Volkspartei, glatt abgelehnt wurden. Es gab keine Diskussion über unseren Antrag zur 20. Novelle; er wurde einfach nicht zur Kenntnis genommen. Damit haben Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, auch Ihre Kameraden beiseite geschoben und desavouiert.

Nach der Ablehnung sehen wir uns genötigt, diese Anträge heute dem Hohen Hause noch einmal vorzulegen. Vielleicht hat sich in der Zwischenzeit das soziale Gewissen der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei gerührt und vielleicht ist es Ihnen heute möglich, unseren Anträgen zuzustimmen.

Es ist nicht möglich, die 12 Anträge im Detail zu erklären. Es handelt sich im wesentlichen um die Beseitigung von Härten, die sich bei der Durchführung des Gesetzes ergeben haben und die sicher zum Teil gar nicht beabsichtigt waren. Zum anderen Teil handelt es sich um offen gebliebene Forderungen, die aus finanziellen oder anderen Gründen nicht erfüllt wurden.

Wir haben eine Erhöhung des Steuerabsetzbetrages vorgeschlagen, weil dieser seit 17 Jahren gleichgeblieben und daher wesentlich entwertet ist. Nach unseren weiteren Anträgen sollen zum Teil Verbesserungen der Haftentschädigungsansprüche bei Vorliegen von gemeinsamen Haftzeiten von Ehepaaren und in der Rentenfürsorge eintreten.

Auf einen Punkt verweise ich besonders, und zwar auf die Zuständigkeit der Krankenversicherung. Die Opfer wünschen, daß sie wie bisher von der Gebietskrankenkasse Leistungen in Anspruch nehmen können, auch wenn sie nunmehr bei der Bauernkrankenkasse oder in der gewerblichen Krankenversicherung krankenversicherungspflichtig sind. Die Erfüllung dieses Wunsches erfordert keine größeren Beträge, die Kosten fallen kaum ins Gewicht.

Eine Härte sollte aus dem Gesetz beseitigt werden; nämlich die Bestimmung, daß das Leben im

Verborgenen nur anerkannt wird, wenn der Betreffende unter „menschenunwürdigen“ Bedingungen im Verborgenen leben mußte. Das Leben im Verborgenen ist immer hart und menschenunwürdig gewesen, daher sollten im Gesetz die Worte „unmenschliche Bedingungen“ gestrichen werden. Die Bestimmung ist seinerzeit im Opferfürsorgegesetz aufgenommen worden, weil sie gleichlautend mit den Bestimmungen im Entschädigungsgesetz der deutschen Bundesrepublik war. Schon längst aber ist in der Bundesrepublik diese Bestimmung aus dem Gesetz gestrichen worden, weil man erkannt hat, daß diese Formulierung zu vielen Härten führte. Nur bei uns in Österreich war es leider bis heute nicht möglich, diesen Begriff aus dem Gesetz zu streichen.

Es ist ganz klar, daß Österreich gegenüber den Opfern des Kampfes für ein freies, demokratisches Österreich, den Opfern der rassischen oder religiösen Verfolgung, eine große moralische Verpflichtung hat,

Aus dem Parlament

In der Sitzung des Nationalrates vom 12. Juni 1969 hat unser Genosse Skritek eine Anfrage an den Finanzminister gerichtet, die sich auf die Opferfürsorge bezog. Hier ist der Wortlaut von Frage und Antwort:

Skritek: Herr Finanzminister, welche Beträge wurden in den Jahren 1966 bis 1968 bei den Ansätzen für die Opferfürsorge eingespart?

Koren: Es gab keine Einsparung, sondern eine Ausweitung.

Skritek: Um wieviel wurde zahlenmäßig gegenüber den Voranschlägen weniger ausgegeben? Wollen Sie diese ersparten Beträge für die Bereinigung noch offener Forderungen zur Verfügung stellen?

Koren: Einsparungen aus dem Jahre 1967 kann ich nicht 1970 ausgeben.

* Aus Korens Antwort lassen sich rund 20 Millionen Schilling errechnen.

der wir uns nicht entziehen sollen und nicht entziehen können. Wie soll man den jungen Menschen begreiflich machen, daß es einen Sinn gehabt hat, für ein freies, demokratisches Österreich einzutreten, wenn man gleichzeitig den Opfern ihre bescheidenen Wünsche nicht erfüllt.

Österreich war bei der Erfüllung der Forderungen der Opfer des Faschismus nie sehr großzügig. Der Finanzminister hat für manches Geld — für die Opfer des Faschismus ist kein Geld da. Auch diesmal wird wieder das Argument angewendet: Wir haben kein Geld. Obwohl sich der Finanzminister in den Jahren von 1960 bis 1967 bei den Ansätzen für die Opfer des Faschismus 172 Millionen Schilling ersparte! Um diesen Betrag waren die Ausgaben in der Opferfürsorge niedriger als die Ansätze im Budget. Trotzdem ist nie Geld für Verbesserungen vorhanden.

In den Jahren 1963 bis 1966 wurden auf diesem Gebiet 625 Millionen Schilling ausgegeben, davon aber hat die deutsche Bundesregierung auf Grund des Kreuznacher Abkommens 231 Millionen Schilling rückvergütet. Die tatsächlichen Ausgaben der Republik Österreich für die Menschen, die bereit waren und den Mut hatten, für die Demokratie und die Freiheit Österreichs einzutreten, sind nicht sehr bedeutend gewesen.

Die Opfer des Faschismus hätten gerne die gleiche Bestimmung wie im Kriegsofferversorgungsgesetz:

daß nämlich Ersparungen in der Opferfürsorge für Leistungsverbesserungen verwendet werden. Nach den Berechnungen, die für das Jahr 1969 angestellt wurden, ist zu erwarten, daß der im Budget vorgesehene Betrag nicht ausgeschöpft wird, sondern daß ungefähr 14 Millionen Schilling erspart werden! Den ganzen Ersparnisbetrag wird aber der Finanzminister kassieren — dafür ist für die 20. Novelle im Budget nur der Betrag von 2 Millionen Schilling eingesetzt, ein Bruchteil von dem, was wahrscheinlich im Jahre 1969 an den Opfern erspart wird!

Erinnern wir uns aber daran, wie viele Opfer gefallen sind, bis Österreich wieder frei war, und wie viele Bürger aus rassistischen Gründen verfolgt und in den Gaskammern des Dritten Reiches zugrunde gegangen sind.

Vergessen wir auch nicht, daß 1970 ein Jubiläumsjahr sein wird, denn es sind schon 25 Jahre vergangen, seit das faschistische Regime zerschlagen worden ist. Ein solches Jubiläum wäre schon ein Anlaß, daß zumindest die jahrelang offen gebliebenen Forderungen der Opfer des Faschismus berücksichtigt werden. Das ist ja auch der Sinn und gibt uns die Berechtigung, daß wir diese Anträge stellen.

Ich richte daher noch einmal den Appell an Sie, diesen Anträgen ihre Zustimmung zu geben. Es handelt sich hier um Opfer aus allen Kreisen und politischen Richtungen. Der österreichische Staat ist schlecht beraten, wenn er der Menschen nicht gedenkt, die ihr Leben für die Existenz dieses freien, demokratischen Österreich eingesetzt haben. In diesem Sinne bitte ich nochmals, daß Sie den Anträgen die Zustimmung geben.

Aus der Rede des Staatssekretärs Bürkle:

Die Novelle hat nicht nur, wie Abgeordneter Skritek meint, formelle Bedeutung, sondern sie hat auch einen echten materiellen Inhalt, weil sie den Opfern immerhin 2 Millionen Schilling mehr bringt, als dies bisher der Fall war. Im Jahre 1970 werden für die 7360 Opferrentenbezieher, die es in Österreich noch gibt, voraussichtlich um 12 Millionen Schilling mehr ausgegeben werden. Diese Ausgaben sind durch die Dynamisierung der Rentenleistungen und anderer Benefizien erforderlich, obwohl die Zahl der Rentenbezieher durchschnittlich pro Jahr um etwa 3 Prozent geringer wird.

Was den Wunsch hinsichtlich der Krankenkasse betrifft, könnten wir etwas tun, wenn wir Wunschkrankenkassen einführen würden. Aber jetzt haben wir die Pflichtkrankenkassen, und da gehört man eben jener Krankenkasse an, zu deren Berufsgruppe man gehört.

Die Behauptung, daß in den Jahren 1960 bis 1967 rund 172 Millionen erspart worden seien, mag zahlenmäßig stimmen. Aber Sie müssen wissen, daß in diesen Jahren Jahr für Jahr immer wieder große Summen als Reserve ins Budget eingebaut werden mußten, weil nicht vorausszusehen war, welche Entschädigungsbeträge allenfalls noch aus dem Ausland an die Opferfürsorgegesetzgebung herankommen werden. Was nun die Ersparnisse aus dem Jahr 1969 betrifft, so verweise ich auf meinen Brief vom 12. Mai dieses Jahres, in dem ich genau dargelegt habe, daß die Berechnungen auf unrichtigen Angaben beruhen und diese sogenannten Ersparnisse nicht stimmen. Im übrigen habe ich mich mit den Opferverbänden zusammengesetzt und habe mit ihnen durch zwei Stunden das ganze Forderungsprogramm durchgearbeitet. Es sind nun einmal nicht alle Wünsche zu erfüllen, und hier in Ihrem Programm sind Wünsche enthalten, die nicht 10 Millionen, sondern 60 bis 70 Millionen Schilling kosten würden.

Ich habe Verständnis für den Kreis derjenigen, der durch die Novellierung betroffen wird, aber jetzt sind wir 25 Jahre nach den schädigenden Ereignissen, und auch Herr Nahum Goldmann als Sprecher des

Weltjudentums und der Juden in Österreich, die betroffen waren, hat eine Entfertigungserklärung abgegeben und gesagt, es sei die Geschichte auch für die Juden erledigt.

Wenn man also die Worte des Herrn Staatssekretärs aus der gewählten Ausdrucksweise des Parlamentariers in die schlichte und gerade Umgangssprache übersetzt, dann heißt das nicht weniger als: Gebt doch einmal Ruhe, denn jetzt nach 25 Jahren wollen wir von all den „schädigenden Ereignissen“ nichts mehr hören. — Und ganz im Gegensatz zu dem, was dem Herrn Staatssekretär gesagt worden sein soll, stellen wir unsererseits ganz eindeutig fest, daß „die Geschichte“ (welche?) für uns nicht „erledigt“ sein wird, solange aus dem Kreis jener, für die er so viel „Verständnis“ zu haben vorgibt, auch nur noch ein einziger am Leben ist. Und daß diese „Geschichte“ für die Geschichte Österreichs überhaupt niemals „erledigt“ sein möge, dafür werden wir weiter arbeiten.

Die Anträge wurden dennoch von der Mehrheitspartei im Parlament abgelehnt.

Was die Arbeiterkammer zu diesem Gesetz gesagt hat

Wir wollen auch nicht unterlassen, unseren Genossinnen und Genossen die Stellungnahme und die Vorschläge des Österreichischen Arbeiterkammertages zur Kenntnis zu bringen, über die sich die ÖVP-Abgeordneten ebenso hinweggesetzt haben, wie über den Appell unseres Genossen Skritek, als sie die sozialistischen Anträge zur 20. Novelle einfach ablehnten.

Nach Auffassung des Österreichischen Arbeiterkammertages sollte die 20. Novelle zum Opferfürsorgegesetz nicht nur auf die von den Organisationen der Opfer der politischen Verfolgung geforderte Gleichstellung der Lebensgefährtin mit der Witwe und die Berücksichtigung der Emigration schulpflichtiger Personen als Schädigungstatbestand beschränkt bleiben.

Diese Novelle sollte vielmehr einen Abschluß der Gesetzgebung zugunsten der Opfer der politischen Verfolgung darstellen und daher zum Anlaß genommen werden, noch weitere, zum Teil schon seit längerer Zeit von den Opferorganisationen vorgeschlagene Verbesserungen des Opferfürsorgegesetzes durchzuführen.

Dies scheint auch deshalb berechtigt, weil in den letzten Jahren bei den Ausgaben für die Entschädigungen nach dem Opferfürsorgegesetz erhebliche Einsparungen gegenüber den Voranschlägen verzeichnet werden konnten und damit gerechnet werden kann, daß auch im Jahre 1969 die tatsächlichen Aufwendungen für die Opferfürsorge in ihrer Gesamtheit unter den im Voranschlag angesetzten Ausgaben bleiben werden.

Der Österreichische Arbeiterkammertag hat aus diesen Gründen vorgeschlagen, außer den im Entwurf vorgesehenen Änderungen noch folgende Ergänzungen des Opferfürsorgegesetzes vorzunehmen:

§ 1 Abs. 2 lit. d): Es sollte auch der Verlust oder die Minderung des Einkommens von mindestens 30 vom Hundert, wenn diese Auswirkung wenigstens 3 1/2 Jahre hindurch gedauert hat, als Einkommensschädigung gelten. Der Verlust oder die Minderung des Einkommens sollte auch dann angenommen werden, wenn das Opfer wohl einen Einkommensverlust in dem oben bezeichneten Ausmaß erlitten, den angeführten Zeitraum von 3 1/2 Jahren jedoch nicht überlebt hat.

§ 1 Abs. 2 lit. e): Als Schädigung sollte nicht nur die Unterbrechung eines begonnenen Studiums oder einer Berufsausbildung, sondern auch einer Schulausbildung gelten. Weiters sollte auch der Umstand Berücksichti-

gung finden, daß durch die Verfolgungsmaßnahmen eine angestrebte Schul(Berufs)ausbildung nicht rechtzeitig angetreten werden konnte.

§ 1 Abs. 3: Die Hinterbliebeneneigenschaft müßte auch dann angenommen werden, wenn das Opfer im Zeitpunkt des Ablebens eine Opferrente von mindestens 50 vom Hundert bezogen hat.

Diese Änderung hätte keine wesentliche Vergrößerung des anspruchsberechtigten Personenkreises zur Folge, es würde damit aber das Verfahren der Zuerkennung der Hinterbliebenenleistungen vereinfacht und verkürzt werden.

§ 9 Abs. 1: Die Steuerabzugsbeträge sind seit dem 1. Jänner 1952 unverändert und entsprechen daher bei weitem nicht mehr den derzeitigen Wertverhältnissen. Die im Abs. 1 angeführten Sätze müßten daher, wenn man die Aufwertungsfaktoren nach dem Pensionsanpassungsgesetz als ein Maß für die Veränderungen annimmt — was in diesem Zusammenhang durchaus zulässig erscheint, weil sich darin zum Teil die Lohn- und Preisentwicklung widerspiegelt —, mit dem 2,372fachen aufgewertet werden.

§ 11 Abs. 2: Da es bei Personen in vorgerücktem Alter erfahrungsgemäß sehr schwer möglich ist, abzugrenzen, inwieweit ein bestehender Krankheitszustand allein auf die Folgen der erlittenen Beschädigung zurückzuführen oder nur als Alterserscheinung zu betrachten ist oder inwieweit bestehende altersbedingte Krankheitserscheinungen durch die nach dem Opferfürsorgegesetz zu entschädigenden Leiden ungünstig beeinflusst werden, scheint es gerechtfertigt, bei männ-

lichen Opfern, die das 60. Lebensjahr, und bei weiblichen Opfern, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, die gesamte bestehende Minderung der Erwerbsfähigkeit ohne Prüfung, auf welche Ursachen diese Minderung letzten Endes zurückzuführen ist, bei der Bemessung der Opferrente zu berücksichtigen.

§ 12 a Abs. 2 — Art. I Z. 7 des Entwurfes: Die Reihung sollte lauten: „...ein nach dieser Ersatzleistung verbleibender Rest ist der Witwe oder der Lebensgefährtin, sind solche nicht vorhanden, den Kindern, sind auch solche nicht vorhanden, den Eltern auszu zahlen...“ Diese Formulierung würde besser als der Text des Entwurfes der Absicht, die Lebensgefährtin der Witwe gleichzustellen, Rechnung tragen.

§ 13 a Abs. 6: Im letzten Satz dieser Bestimmung wird unter anderem als Voraussetzung für den Anspruch auf eine Entschädigung der Tod eines Opfers beim Versuch, sich der Verhaftung zu entziehen, angeführt. Die Entschädigung sollte aber auch für den Fall gebühren, daß das Opfer zwischen dem 6. März 1933 und dem 9. Mai 1945 im Kampf um die Erhaltung beziehungsweise Wiedererrichtung der demokratischen Republik Österreich getötet wurde.

§ 13 a Abs. 7: Beim Zusammentreffen von Haftzeiten Haftentschädigung von 430 Schilling gebührt in diesem Falle nicht. Dies stellt jedoch eine Benachteiligung des überlebenden Ehegatten, der selbst inhaftiert war, dar, der Ehegatten erhält der überlebende Ehegatte nur eine Haftentschädigung in der Höhe von 860 Schilling pro Haftmonat. Die für einen Hinterbliebenen vorgesehene die beseitigt werden müßte.

Es sollte für diesen Fall eine Entschädigung in der Höhe von 1290 Schilling für jeden zeitlich zusammentreffenden Monat der Haft vorgesehen werden.

§ 14 Abs. 2 lit. c): Die Voraussetzung, daß eine Entschädigung nur dann gewährt wird, wenn das Leben im Verborgenen „unter menschenunwürdigen Bedingungen“ geführt werden mußte, sollte fallengelassen werden.

Ferner sollten in das Opferfürsorgegesetz besondere Bestimmungen über die Vererblichkeit der Entschädigungsansprüche aufgenommen werden, um in der Vergangenheit beobachtete Härten zu vermeiden.

Es wäre vorzusehen, daß die in den §§ 13 a, 14, 14 a bis c genannten Ansprüche, sofern sie nicht auf Grund des Opferfürsorgegesetzes auf die nächsten Angehörigen übergehen, beim Ableben des Opfers auf dessen Witwe oder dessen Witwer, auf die hinterbliebene Lebensgefährtin oder den Lebensgefährten, auf die Kinder zu gleichen Teilen oder auf die Eltern übergehen.

Hinsichtlich des Zeitpunktes des Inkrafttretens der 20. Novelle zum Opferfürsorgegesetz hat die Arbeiterkammer folgendes bemerkt:

Die nach dem Entwurf des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vorgesehenen sehr geringfügigen Leistungsverbesserungen erfordern nur einen Mehraufwand von etwa zwei Millionen Schilling pro Jahr. Die Arbeiterkammer war daher der Auffassung, daß die 20. OFG-Novelle für den Fall, daß nur die vom Ministerium vorgeschlagenen Verbesserungen durchgeführt werden, bereits mit 1. Juli 1969 in Kraft treten müßten.

Auf Grund des schon erwähnten Umstandes, daß die tatsächlichen Ausgaben hinter den Ansätzen für das Opferfürsorgegesetz zurückbleiben, hielt es auch der Arbeiterkammertag für möglich, einen Teil der in der vorliegenden Stellungnahme vorgeschlagenen zusätzlichen Verbesserungen gleichfalls bereits mit dem 1. Juli 1969 in Kraft zu setzen. Es hätte auch daran gedacht werden können (insbesondere für die einmaligen Entschädigungsleistungen), eine etappenweise Auszahlung der Beträge, beginnend mit dem 1. Juli 1969, vorzusehen.

Aber es blieb dabei: Fast alle Vorschläge, auch der Arbeiterkammer, blieben unberücksichtigt.

Jugend in der Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes in Wien 1 (Morzinplatz).



Die Jungen und der Faschismus

Das antifaschistische Seminar für junge Sozialisten*

Anfang Juni fand im Otto-Bauer-Heim in Wien das erste antifaschistische Wocheninternat für junge Sozialisten statt: Bisher gab es nur Abend- und Wochenendlehrgänge. Es war also ein Versuch, der vom Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend unternommen wurde. Um es gleich vorwegzunehmen: Dieser Versuch ist gelungen. Er ermuntert uns, die Zusammenarbeit zwischen jungen Sozialisten und sozialistischen Freiheitskämpfern in Zukunft noch enger zu gestalten.

Bei der Eröffnung sprachen für die sozialistischen Freiheitskämpfer Genossin Rosa Jochmann und für die Sozialistische Jugend Genosse Peter Schieder. Beide Redner wiesen darauf hin, daß man die Vergangenheit studieren muß, um neue faschistische Gefahren rechtzeitig abwehren zu können. Und beide Redner betonten, daß es in diesem Seminar nicht nur um die Vergangenheit ginge, sondern daß auch das aktuelle Thema Neonazismus behandelt werden werde.

Am Seminar nahmen 27 junge Sozialisten aus Wien und den Bundesländern teil. Über die Themen: „Seit wann gibt es Faschismus?“, „Hitler war kein Zufall“ und „Die neue faschistische Gefahr“ referierte Genosse Josef Hindels. Genosse Manfred Ackermann behandelte die Themen: „Wie die Erste Republik zerstört wurde“ und „Österreichs Sozialisten in der Illegalität“. Genossin Ilse Barea-Kulcsar sprach über „30 Jahre Faschismus in Spanien“, und der Präsident der Sozialistischen Internationale, Genosse Dr. Bruno Pittermann, berichtete über den „Terror in Griechenland“.

Gedenkstätte für die Opfer des Österreichischen Freiheitskampfes Wien 1, Saltzorgasse 6

Besuchszeiten:

Montag von 14 bis 18 Uhr
Donnerstag von 8 bis 12 Uhr
Samstag von 9 bis 12 und von 14 bis 17 Uhr
Sonntag von 9 bis 12 Uhr

Vom ersten bis zum letzten Tag stand das Wocheninternat unter dem Zeichen einer lebhaften Mitarbeit der jungen Sozialisten. Sie überhäufte die Referenten mit Fragen, äußerten eigene Meinungen und wurden nicht müde, das Phänomen des Faschismus, des alten ebenso wie des neuen, von allen Seiten zu beleuchten. Wer das Glück hatte, an einer solchen Diskussion teilnehmen zu dürfen, erkannte vor allem eines:

Es ist nicht wahr, daß die Jungen von der Vergangenheit nichts wissen wollen! Im Gegenteil: Sie sind von dem brennenden Wunsch erfüllt, die Wahrheit, die ganze Wahrheit zu erfahren.

Bei den Diskussionen über die Verbrechen des Faschismus stellte sich heraus, wie wenig die jungen Menschen darüber informiert werden. Immer wieder erklärten Diskussionsteilnehmer: „Darüber wurde uns in der Schule nichts gesagt.“ Aber auch das Versagen des Elternhauses wurde sichtbar; viele Eltern ziehen es scheinbar vor, über die jüngste Vergangenheit zu schweigen, statt ihren Kindern zu sagen, was sich damals ereignet hat, und was Faschismus bedeutet.

Nicht weniger aufschlußreich war die Diskussion über den Antisemitismus: Da berichteten junge Men-

schen, wie oft sie auch in der Gegenwart antisemitischen Tendenzen und Vorurteilen begegnen, wie weit verbreitet der Judentumhaß noch immer ist, obwohl die Juden als Folge der nazistischen Massenmorde zu einer winzigen Minderheit in unserem Land geworden sind.

Die Diskussion über den Neonazismus war nicht nur für die Kursteilnehmer, sondern auch für den Referenten lehrreich: Junge Sozialisten aus Oberösterreich, Steiermark, Kärnten und Tirol schilderten eigene Erlebnisse bei Begegnungen mit Neonazis oder bei Kundgebungen gegen neonazistische Provokationen. Alle waren sich darin einig, daß Totschweigen, Vertuschen oder Bagatellisieren nicht hilft, sondern die Gefahr nur größer macht. Es gilt, allen Regungen des Neonazismus rechtzeitig und entschieden entgegenzutreten.

Größtes Interesse fand die Darstellung über den Kampf der österreichischen Sozialisten in der Illegalität. Die Kursteilnehmer wollten soviel Einzelheiten aus dem Alltag der illegalen Arbeit wissen wie nur möglich. Und sie stellten sehr konkrete Fragen: Welche Aktionen gab es? Welche Aufgaben erfüllten die Genossinnen? Woher wurde das für die illegale Arbeit notwendige Geld genommen? Wie wurden die Gefangenen unterstützt? Welche Kontakte gab es zwischen den Illegalen und den Genossen im Ausland? Wie und wo wurden die illegalen Publikationen hergestellt?

Ein Außenstehender hätte sich vielleicht über diese vielen ins Detail gehenden Fragen gewundert. Aber sie waren berechtigt: Diesen jungen Sozialisten kam es darauf an, die Zeit von damals nachzuerleben, sich in die Situation der illegalen Kämpfer hineinzudenken.

Zum Abschluß des Wocheninternats fand eine freundschaftliche Begegnung der Kursteilnehmer mit den Vorständen der sozialistischen Freiheitskämpfer und der Sozialistischen Jugend statt, an der auch der Leiter der Bildungszentrale, Abgeordneter Genosse Karl Czernetz, teilnahm. Es gab eine lebhafteste Debatte über eine Frage, die in der Partei als „Heißes Eisen“ gilt: War es richtig, ehemalige Nationalsozialisten in die SPÖ aufzunehmen und ihnen in unserer Partei große Aufstiegschancen zu geben,

Die Diskussion, an der auch die beiden Referenten des Seminars, die Genossen Ackermann und Hindels, teilnahmen, führte zu folgendem Ergebnis: Der Fehler bestand nicht darin, daß ehemalige Nationalsozialisten, die keine Verbrechen begangen hatten, aufgenommen wurden, sondern falsch war es, diesen „Ehemaligen“ nach dem Munde zu reden und auf eine schonungslose Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit — aus Angst, bestimmte Wählerschichten zu vergrämen — zu verzichten. Das Buhlen um Nazistimmen, so wurde festgestellt, hat wesentlich dazu beigetragen, daß es heute wieder eine nazistische Gefahr gibt, daß es den Unbelehrbaren gelungen ist, für Nachwuchs zu sorgen.

In ihrer, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Abschlußrede konnte Genossin Rudolfine Muhr, die gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend die organisatorische Vorbereitung und Durchführung des Seminars besorgt hatte, feststellen, daß jung und alt einander nähergekommen sind und es auch in Zukunft solche Seminare geben sollte.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Josef Hindels, Rosa Jochmann, Rudolfine Muhr, Franz Rosenberger, Rudolf Trimmel.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Jg. 1969, Nr. 5–6, Seite 5.

Dachau 1968

Nachklänge an unsere Dachau-Fahrt vom 15. bis 17. März 1968

Nun ist schon wieder mehr als ein Jahr vergangen, seit wir in Dachau waren, und doch ist diese Gemeinschaftsreise aus unserem Gedächtnis nicht geschwunden. Viele kleine und größere Episoden werden in unserer Erinnerung wieder lebendig. Für alle, die mit dagebewesen sind, als wir uns im März 1968 zu der großen Gedenkundgebung im ehemaligen KZ Dachau vereinigten, wurde diese Fahrt nicht nur zu einem unvergeßlichen Erlebnis, sondern sie hat auch zu einer Erneuerung und Vertiefung der Freundschaft geführt.

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs hatte diese Reise organisiert, und in den Tagen von München und Dachau verwischten sich die politischen Gegensätze; wir waren wieder die Schicksalsgemeinschaft von einst, als wir in der Zeit „ohne Gnade“ soviel durchleiden mußten.

Es gab unzählige Szenen des Wiedersehens und des Wiedererkennens. Jahrelang sind viele von uns Seite an Seite beim Zählappell gestanden, und immer wieder konnte man die Worte hören: „Kannst du dich noch erinnern...“ — „Kannst du mir sagen, was aus dem oder jenem geworden ist?“ Es wäre ja so wertvoll, viele der Einzelheiten dieses Zusammentreffens festzuhalten, aber wir wollen nur ein einziges „Sich-wieder-Finden“ herausgreifen und der Vergessenheit entreißen.

Als wir am Abend im Hofbräuhaus* bei der Schlußveranstaltung beisammensaßen, kam es an einem Tisch zu einer herzlichen Wiedersehensszene. Dort saß ein Pionier der deutschen Arbeiterbewegung, der jahrelang KZ-Häftling war und nach 1945 Stadtrat und Obmann der Sozialdemokratischen Partei in München wurde: Genosse Gottlieb Branz. Neben ihm unser Pepi Cmejrek. Er und viele andere ehemalige KZler scharten sich um Gottlieb Branz und dankten ihm dafür, daß er während der gemeinsamen Haft ein so treuer und hilfsbereiter Freund gewesen war. Es war ein erschütterndes und unvergeßliches Erlebnis, und Genosse Branz konnte sich all der Dankesworte und all der Bezeugungen der Freundschaft kaum erwehren.

Wir haben dann unserem Freund Branz noch brieflich für seine Hilfe und sein Verhalten den österreichischen Haftgenossen gegenüber gedankt. Und die Antwort blieb nicht aus. Genosse Branz schrieb uns:

Liebe Genossen und Genossinnen!

Über Euren langen Brief nach Eurer München-Reise habe ich mich sehr gefreut! Nur die Elogen, die Ihr mir macht, kann ich nicht so ganz akzeptieren. Es war ja so, daß jedes Tun und Handeln in dieser schrecklichen Zeit Gewissenspflicht war. Das wißt Ihr ja auch. Viel mehr als ich tun konnte, hat der Genosse

* Es gab leider keinen anderen Saal in München, der die mehr als 2000 Teilnehmer gefaßt hätte, und bei diesem Fest der Freundschaft belasteten wir uns nicht mit der Tatsache, daß die Vertreter des Tausendjährigen Reiches sich im gleichen Saal mit ihren mörderischen Haßparolen austobten.

Roman Felleis für die Häftlinge getan, kraft seines Amtes als Krankenbaupfleger. Ich erinnere mich noch gut, wie er mich langsam im Krankenzimmer wieder aufpäppelte, als ich mit 92 Pfund Körpergewicht von einem Transport in das Lager zurückkam. Auch Karl Mantler vergesse ich nicht, der in seinem Kommando für uns deutsche und österreichische Sozialdemokraten tat, was er tun konnte.

Meine lieben Freunde! Auch für die Übersendung des Tagebuches der Anne Frank danke ich herzlich! Ich erwidere diesen Buchgruß mit einem Lebensbericht einer Autorin, die zwar nicht in Haft war, aber eine mutige Gegnerin des NS-Regimes war. Die Erlebnisse der Castonier haben auch auf Wien Bezug, und besonders ihre Schilderung von der Machtübernahme in Wien und ihre Flucht aus Österreich sind bewegend.

Ich und meine Frau wünschen Euch alles erdenklich Gute!

*In freundschaftlicher Verbundenheit
Euer Gottlieb Branz*

Schnell ist die Zeit nach 1945 über uns hinweggegangen, die Zeit, in der Unzählige bereit waren, alles zu opfern, um den Barbaren zu wehren. Der Alltag und seine Probleme erforderten unsere ganze Kraft, und doch ist es uns, den „Opfern jener Zeit“, nur zu bewußt, daß wir große Unterlassungssünden begangen haben und noch immer begehen. Denn es ist nicht wahr geworden, was wir gläubig und voller Hingabe in jener Zeit gesungen haben und was uns in der Dunkelheit des Bunkers und in dem großen Leid, das wir sahen und erdulden mußten, trug:

*„Einst aber, wenn Freiheit den Menschen erstand
Und all euer Sehnen Erfüllung fand,
Dann werden wir künden, wie ihr einst gelebt,
Zum Höchsten der Menschheit empor nur gestrebt...“*

Viel zuwenig künden wir der Jugend „wie sie einst gelebt“, viel zuwenig sagen wir der Jugend von dem mutigen Einsatz jener Genossen und Genossinnen, die damals Familie, Freiheit, Gesundheit und selbst das Leben dem Widerstand gegen den Faschismus opferten, nur damit die Demokratie wiedererstehen konnte.

Und darum brachten wir auch diesen Brief unseres Genossen Branz; denn viel zu wenig bekannt ist das Andenken an den jungen, mutigen und klugen Genossen Roman Felleis; für ihn gab es keine Heimkehr. Und viel zu wenige unserer Genossen wußten, daß der ehemalige Staatssekretär, unser Genosse Karl Mantler, der Stille, der Bescheidene, sich nicht nur nach 1945 bewährte, sondern auch dort in der Hölle nicht vergessen hatte, daß er Sozialist ist. Wir gedenken dankbar jener beiden Genossen; unser Dank gilt aber auch Genossen Gottlieb Branz, daß er es gewesen ist, der das Andenken an diese beiden tapferen und treuen Sozialisten wieder ans Licht hob.

Die sich des Vergangenen nicht
erinnern, sind dazu verurteilt,
es noch einmal zu erleben.

Jeden Tag, den wir nur wollen,
können wir eine Bastille sprengen ...

Unser Freundschaftstreffen vom 6. Mai 1969 im Haus der Begegnung

Am 6. Mai 1969 hatte unser Bund zu einem großen Freundschaftstreffen sozialistischer Freiheitskämpfer eingeladen, das im Zeichen Otto Bauers stand. Bei dieser Veranstaltung wurden einige verdienten Genossen die ihnen in unserer letzten Bundeshauptversammlung verliehenen Otto-Bauer-Plaketten überreicht: Damals konnten die nun heute anwesenden Genossen Bruno Kreisky, Otto Leichter, Karl Mark, Frieda Nödl, Helene Potetz, Gabriele Proft und Heinrich Widmayer an unserer Bundeshauptversammlung nicht teilnehmen und daher die ihnen zugedachte Ehrung nicht in Empfang nehmen.

Die Veranstaltung, die durch die Chorvereinigung des ÖGB unter Leitung unseres Genossen Erwin Weis musikalisch umrahmt wurde, leitete nach der Eröffnung und Begrüßung unser Genosse Manfred Ackermann mit einem umfassenden Referat über unseren Genossen Otto Bauer ein, das einer der Höhepunkte des ganzen Abends war. Unser Bundesvorstand hat daher beschlossen, den ganzen Vortrag in unserer Broschürenreihe zu veröffentlichen, und wir wollen es daher unterlassen, hier auf die ganz hervorragenden und von allen anwesenden Genossen mit tiefer Begeisterung entgegengenommenen Ausführungen zurückzukommen.

Die rezitatorischen Beiträge, die Franziska Kalmar und Otto Kerry in meisterhafter Weise zum Vortrag brachten, erweckten Erinnerungen an schon längst vergangene Tage gemeinsamen Kampfes, an die Leiden in Polizeigefängnissen und Konzentrationslagern, und die Gedanken an alle Genossinnen und Genossen, die in jener Zeit des Terrors, sowohl des grün-weißen als auch des braunen, ihr Leben für unsere Idee, für die Freiheit und die Wiedergeburt unseres demokratischen Staates lassen mußten, erfüllten jeden mit tiefempfundener Dankbarkeit.

Bevor die Otto-Bauer-Plaketten feierlich überreicht wurden, hielt unsere Genossin Rosa Jochmann eine zu Herzen gehende Ansprache, in der sie unter anderem ausführte:

„Unsere heutige Zusammenkunft ist dem Andenken eines der Großen der sozialdemokratischen Partei gewidmet: unserem Genossen Dr. Otto Bauer. Dieser Abend sollte ein Abend der Besinnung und der Freundschaft, aber auch der Freude werden. Und nun hat uns vor einigen Tagen die Nachricht erreicht, daß eine kluge, mutige, eine große Frau, unsere Genossin Katja Adler, aus unserem Kreis getreten ist. Über Katja — so wurde sie allgemein genannt — könnte und müßte man sehr viel sagen. Ich will das nur mit einem einzigen Satz zum Ausdruck bringen: Sie war eine wundervolle Gefährtin ihres Mannes, unseres Genossen Doktor Fritz Adler, und sie war eine würdige Schwiegertochter des Erweckers der österreichischen Arbeiterschaft, unseres Genossen Dr. Victor Adler.“

In einer Schweigeminute gedachten die Versammelten nicht nur Katjas, sondern auch ihres Mannes und des Genossen Victor Adler.

Dann begrüßte Genossin Rosa Jochmann alle Anwesenden, besonders die vielen Genossen, die, mit verantwortungsvollen Funktionen betraut, doch zu unserer Veranstaltung gekommen waren.

„Wir freuen uns“, sagte sie, „ganz besonders darüber, daß wir heute unseren Genossen Dr. Otto Leichter bei uns haben, und wenn ich ihn besonders herzlich begrüße, obwohl es mir unmöglich ist, alle unsere Gäste namentlich zu nennen, dann glaube ich wohl im Sinne unser aller zu handeln.“

Staatsbesuche gehören heutzutage zu den politischen Selbstverständlichkeiten, und unsere Republik ist in diesen Tagen ganz auf den Besuch der Königin von England eingestellt. Man hat für den Staatsbesuch ein recht umfangreiches Programm vorbereitet, in dem heute der Besuch einer Galavorstellung in unserer Wiener Staatsoper vorgesehen ist. Natürlich ist auch der Vorsitzende unserer Partei, unser Genosse Kreisky, zu dieser Galavorstellung eingeladen worden. Wir können natürlich nicht gut annehmen, daß in unserer heutigen Zeit wir Freiheitskämpfer etwa mit einer Königin die Konkurrenz bestehen könnten. Daß aber du, Genosse Kreisky, auf den Besuch in der Oper verzichtet hast und zu uns gekommen bist, dafür wollen wir dir wirklich ganz besonders danken, und wir begrüßen dich sehr herzlich in unserem Kreise.

Ebenso herzlich begrüßen wir die Pionierin der Arbeiterbewegung, unsere liebe Genossin Gabriele Proft.

Auch der frühere Landeshauptmann von Kärnten, Genosse Ferdinand Wedenig, und unser Genosse Pawlik, der Dritter Landtagspräsident und geschäftsführender Obmann unseres Bundes in Kärnten ist, haben die Mühe nicht gescheut und sind heute zu uns gekommen. Auch ihnen und den vielen anderen unserer Gäste sage ich nochmals ein herzliches Willkommen!“

Dann ergriff unser Ehrenvorsitzender, Genosse Manfred Ackermann, das Wort zu seinem Vortrag über Otto Bauer.

Die Veranstaltung erreichte mit der Verleihung der Otto-Bauer-Plakette schließlich ihren Höhepunkt. Genossin Jochmann, die gemeinsam mit Genossin Muhr die Überreichung der Plaketten vornahm, widmete jedem der ausgezeichneten Genossen herzliche Worte und würdigte sein Wirken für unsere Bewegung. „Diese Plakette“, sagte Genossin Jochmann, „wurde von unserem Bund dem Andenken an unseren unvergessenen Genossen Otto Bauer gewidmet, und schon bei unserer Hauptversammlung wurde beschlossen, diese Ehrung einer Anzahl von Genossen und Genossinnen zuteilwerden zu lassen, die sich für unsere schöne Sache stets und allen Gefahren zum Trotz immer eingesetzt haben. Wir haben es sehr bedauert, daß nicht alle, die wir ehren wollten, an unserer letzten Hauptversammlung haben teilnehmen können, und wir waren daher der Meinung, daß gerade heute nach dem so aufschlußreichen Vortrag unseres Genossen Ackermann der

richtige Zeitpunkt gegeben sei, an dem wir nun diese Verleihung vornehmen können. Freilich kann ich bei allem Bemühen unmöglich die großen Verdienste jedes einzelnen Genossen, jeder einzelnen Genossin ausführlich aufzählen und entsprechend würdigen.

Ich beginne mir dir, lieber Genosse Kreisky. Du bist seit deiner frühesten Jugend Sozialist, und für dich war die Partei auch im Jahre 1934 nicht tot, obwohl sie verboten war. Und du hast während des großen Sozialistenprozesses im Jahre 1936, der vom austrofaschistischen Regime gegen die Revolutionären Sozialisten geführt worden ist, eine Rede gehalten, die in die Geschichte eingegangen ist und noch spätere Generationen begeistern wird. Es wäre wert, die ganze Rede vorzulesen*, aber es ist vielleicht besonders zeitgemäß, jenen Teil deiner Ausführungen hervorzuheben, der sich auf die damaligen Freien Gewerkschaften bezogen hat. Nach deinem Bekenntnis 'Ich habe schon gesagt, daß ich nach wie vor Sozialist bin', sagtest du, du wärest von 600 Vertrauensleuten zum Obmann des Reichsbildungsausschusses der Arbeiterjugend gewählt, und wenn du auch deine Funktion nicht ausüben könntest, so fühltest du dich doch noch immer jenen verantwortlich, die dich damals wählten und die jetzt gar nicht die Möglichkeit hätten, dich abzuverufen.

Für damals und für dein Wollen von heute, das auch weiter von Erfolg begleitet sein möge, wollen wir dir jetzt diese Plakette überreichen.

Lieber Genosse Leichter, auch du hast seit deiner frühesten Jugend als Lehrer und überzeugter Sozialist gewirkt. Wir erinnern uns nicht nur deiner Artikel und Bücher vor 1934, sondern auch deiner Arbeit in der Zeit der beiden Faschismen. Und schließlich ganz besonders alles dessen, was du nach 1945 geleistet hast. Eines deiner jüngsten Bücher: 'Zwischen zwei Diktaturen', ist ein wertvolles historisches Dokument, für das wir dir besonders dankbar sind. Erst vor kurzem hast du

* Beim großen Sozialistenprozeß 1936 wurde Genosse Bruno Kreisky schon am 1. Verhandlungstag einvernommen. Die Rede, auf die sich Genossin Jochmann bezieht, veröffentlichten wir im vollen Wortlaut im Anschluß an den Bericht über unser Freundschaftstreffen sozialistischer Freiheitskämpfer in dieser Nummer.

uns durch eine wunderbare Analyse des Menschen und des Politikers Otto Bauer begeistert. Du hattest ja die Möglichkeit, in der 'Arbeiter-Zeitung' eng mit ihm zusammenzuarbeiten.

Der Bewegung hast du das Liebste geben müssen, das du hattest: Käthe. Sie war unsere Käthe. Unsere Freundschaft zu dir, Otto, und den Deinen ist unverbrüchlich, und wir danken dir schon jetzt sehr dafür, daß du es auf dich genommen hast, ein Buch über Otto Bauer zu schreiben."

Zu unserem Genossen Karl Mark sagte Genossin Jochmann mit besonderer Herzlichkeit:

"Die Partei verdankt dir sehr viel, und wir danken dir, daß du das in jeder Phase deines ganzen Lebens getan hast. Aber auch die Opfer des Faschismus und ihre Hinterbliebenen denken in diesem Augenblick ganz besonders an dich, denn an der Opferfürsorgegesetzgebung hast du den wesentlichsten Anteil. Aber, lieber Karl, du hast immer den Mut bewiesen, zu deiner persönlichen Überzeugung zu stehen, und wir wissen, daß du auch in Zukunft den gleichen Mut an den Tag legst. Als äußeres Zeichen unserer aufrichtigen Verbundenheit sollst du diese Plakette entgegennehmen."

"Wenn ich dir, liebe Frieda", sagte Genossin Jochmann zu Genossin Frieda Nödl, "dieses Zeichen unserer Dankbarkeit überreiche, dann darf ich daran erinnern, daß dein Zuhause in der Zeit der Illegalität immer ein ruhiger und sicherer Hafen in den Nächten der Verfolgung gewesen ist. Viele von uns haben bei dir stets Zuflucht und Betreuung gefunden, und mancher ist dadurch der Verfolgung oder der Polizeihaft entronnen. Vor allem aber dein mutiges Verhalten vor dem nazistischen Volksgericht und deine Treue zur Partei durch dein ganzes Leben hindurch ist das Unterpfand unserer aufrichtigen Verbundenheit. Immer wieder bist du damals nach Brünn zu Otto Bauer gefahren — er kam ja ebenso wie du von der Landstraße — und hast weder Mühe noch Gefahren gescheut, um diese Verbindung aufrechtzuerhalten. Wir danken dir heute für alles, was du für unsere schöne Bewegung getan hast."

Unsere Genossin Helene Potetz gehört wohl zu den

Wie fast alle linksgerichteten, entschieden sozialistischen Geistigen in Deutschland habe auch ich etliche Segnungen des neuen Regimes zu spüren bekommen. Während meiner zufälligen Abwesenheit aus München, erschien die Polizei in meiner dortigen Wohnung, um mich zu verhaften. Sie beschlagnahmte einen großen Teil unwiederbringlicher Manuskripte, mühsam zusammengetragenes Quellenstudienmaterial, meine sämtlichen Geschäftspapiere und einen großen Teil meiner Bücher. Das alles harrt nun der wahrscheinlichen Verbrennung. Ich habe also mein Heim, meine Arbeit und — was

VERBRENNT MICH!

vielleicht am schlimmsten ist — die heimatliche Erde verlassen müssen, um dem Konzentrationslager zu entgehen.

Die schönste Überraschung aber ist mir erst jetzt zuteil geworden: Laut 'Berliner Börsencourier' stehe ich auf der 'weißen Autorenliste' des neuen Deutschlands, und alle meine Bücher, mit Ausnahme meines Hauptwerkes 'Wir sind Gefangene', werden empfohlen: Ich bin also dazu berufen, einer der Exponenten des 'neuen' deutschen Geistes zu sein!

Vergebens frage ich mich: Womit habe ich diese Schmach verdient?

Das 'Dritte Reich' hat fast das ganze deutsche Schrifttum von Bedeutung ausgestoßen, hat sich losgesagt von der wirklichen deutschen Dichtung,

hat die größte Zahl ihrer wesentlichsten Schriftsteller ins Exil gejagt und das Erscheinen ihrer Werke in Deutschland unmöglich gemacht. Die Ahnungslosigkeit einiger wichtigtuerischer Konjunkturschreiber und der hemmungslose Vandalismus der augenblicklich herrschenden Gewalthaber versuchen all das, was von unserer Dichtung und Kunst Weltgeltung hat, auszurotten und den Begriff 'deutsch', durch engstirnigen Nationalismus zu ersetzen. Ein Nationalismus, auf dessen Eingebung selbst die geringste freiheitliche Regung unterdrückt wird, ein Nationalismus, auf dessen Befehl alle meine aufrechten sozialistischen Freunde verfolgt, eingekerkert, gefoltert, ermordet oder aus Verzweiflung in den Freitod getrieben werden.

Und die Vertreter dieses barbarischen Nationalismus, der mit Deutschsein nichts, aber auch rein gar nichts zu tun hat, unterstehen sich, mich als einen ihrer 'Geistigen' zu beanspruchen, mich auf ihre sogenannte 'weiße Liste' zu setzen, die vor dem Weltgewissen nur eine schwarze Liste sein kann!

Diese Unehre habe ich nicht verdient!

Nach meinem ganzen Leben und nach meinem ganzen Schreiben habe ich das Recht, zu verlangen, daß meine Bücher der reinen Flamme des Scheiters haufens überantwortet werden und nicht in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen.

Verbrennt die Werke des deutschen Geistes! Er selber wird unauslöschlich sein wie eure Schmach!

Oskar Maria Graf

Protest anläßlich der deutschen Bücherverbrennungen 1938

Getreuesten der Getreuen. Für sie war der Einsatz für die Partei und die Idee der Freiheit sowohl vor als auch nach 1945 einfach eine Selbstverständlichkeit. Wir sind gemeinsam durch das KZ gegangen, und du wußtest genau, was das Lager bedeutet. Als dich damals die Gestapo nach Wien kommen ließ und dir den Antrag machte, dich freizulassen, wenn du nur einige ihnen interessante Mitteilungen machen wolltest, da hast du keinen Moment gezögert und bist lieber wieder in das Lager zurückgegangen, als etwas zu sagen. Du hast die große Idee sozialistischer Solidarität höher gehalten als die dir in Aussicht gestellte Freiheit. Nur wenige werden es sein, die eine solche Charakterstärke in sich haben. Du hattest sie — und das in der damaligen Zeit ohne Gnade.

Dir, liebe Genossin Proft, etwas zu sagen, fällt mir wohl am schwersten. Denn in Wort und Schrift wurde ein ganz, ganz kleiner Teil von all dem geschildert, was du für die Sache des Sozialismus getan hast. Was könnte ich da noch sagen. Du bist schon nach dem ersten Weltkrieg die Vertreterin der Resolution der Linken gewesen und bist vor allem nach 1945 allen Falschmeldungen und Entstellungen über Otto Bauer, die von Feind und Freund kamen, was ich hier besonders feststellen muß, immer wieder mutig entgegengetreten. Du selbst hast Otto Bauer als großen Denker und Lehrer verehrt, und daher bleibt mir heute nichts anderes zu sagen übrig, als dich zu bitten, diese Ehrung von uns anzunehmen.“

Zu Genossen Widmayer sagte Genossin Jochmann unter anderem:

„Daß du Sozialist bist, hast du zeit deines Lebens immer bewiesen. Und für unsere Idee bist du in leidenschaftlichen Reden und Artikeln eingetreten, für sie hast du auch im KZ gelitten. Jedem Sozialisten bist du

Vorbild, und darum auch für dich diese Ehrung in unserem Freundeskreis.

Vier Genossen konnte die ihnen zugedachte Ehrung nicht persönlich überreicht werden: Die Genossin Emhardt und der Genosse Probst waren bedauerlicherweise krank, und Genossin Jochmann wünschte ihnen baldige Genesung. Die Genossen Marek und Slavik hatten sich ihren Repräsentationspflichten leider nicht entziehen können. Diesen Genossen wird daher die Plakette persönlich überreicht werden, sobald sich dazu die Möglichkeit bietet.

„In diesem Saal hier — und darüber hinaus — sind noch sehr viele, die sich alle diese Ehrung verdient hätten, und das Komitee, das wir dafür eigens eingesetzt haben, wird sehr bald wieder zusammentreten müssen, um die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Denn unsere Partei ist reich an Menschen, die während der harten Zeit der Verfolgung und des Terrors den Gedanken des Sozialismus hochgehalten und alle Entbehrungen auf sich genommen haben. Niemand darf und soll es daher als eine Zurücksetzung auffassen oder meinen, daß wir gerade seine Verdienste nicht zu würdigen wüßten, wenn er heute noch nicht dabei gewesen ist — diese Genossinnen oder Genossen werden es morgen sein.“

Dann dankte Genossin Jochmann noch allen, die gekommen waren. Den Künstlern, der Chorvereinigung und ihrem Dirigenten und vor allem der Genossin Muhr, die in den letzten Jahren die meiste Arbeit in unserem Bund geleistet hat. Und nachdem noch Genosse Otto Leichter in bewegten Worten für die Ehrung gedankt hatte, schloß Genossin Jochmann diese Veranstaltung mit der Aufforderung, alles zu tun und dabei mitzuhelfen, daß der Siegeszug des Sozialismus weitergehe und die Idee, für die wir gekämpft und gelitten haben, sehr bald ans Ziel komme.

Die Rede des Genossen Kreisky im großen Sozialistenprozeß 1936

Den Höhepunkt der Verhandlung am ersten Tag bildete die Einvernahme des Genossen Bruno Kreisky. Er verantwortete sich in einer großen, eindrucksvollen Rede:

Zur Zeit der Auflösung des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend bekleidete ich die Funktion des Obmannes des Reichsbildungsausschusses der Arbeiterjugend, wozu ich auf dem Verbandstag in Salzburg im Jahre 1933 von 600 Vertrauensleuten gewählt wurde. Durch die Auflösung wurde die Ausübung meiner Funktion wohl unmöglich, doch fühlte ich mich, solange diejenigen, die mich damals wählten, nicht die Möglichkeit haben, mich abzuverufen, weiter als ihr Vertrauensmann.

Eine andere Einstellung wäre ein Vertrauensbruch gewesen. Aus diesem Grunde habe ich es auch als meine Pflicht angesehen, nach Brünn zu einer Zusammenkunft ehemaliger Vertrauensleute zu fahren.

Ich leugne nicht, gelegentlich Freunde aus der Arbeiterbewegung getroffen zu haben, und habe mit ihnen selbstverständlich über die Ereignisse des Februars und der Zeit nachher gesprochen. Ebenso leugne ich auch gar nicht, von Zeit zu Zeit verbotene politische Schriften und Bücher gelesen zu haben.

Jeder Österreicher, der wissen will, was wirklich in der Welt und im Lande los ist, kann ja diese Kenntnisse nur aus den Zeitungen des demokratischen Auslandes oder aus den verbotenen schöpfen.

In unserem Lande werden nicht nur für das Regime unangenehme Nachrichten unterdrückt, es ist den Zeitungen auch untersagt, eine andere als die der Regierung genehmen Kommentare zu verbreiten. Über diesen Prozeß darf zum Beispiel nur die Amtliche Nachrichtenstelle berichten...

Vorsitzender (unterbrechend): Das gehört nicht zur Sache.

Man gebe den Arbeitern das, was sie seit mehr als einem halben Jahrhundert gehabt haben: eine freie

Zeitung — und niemandem wird es einfallen, illegale Zeitungen zu lesen, zu verbreiten und zu schreiben.

Ich habe schon gesagt, daß ich nach wie vor Sozialist bin. Weder die Taten der Regierung noch die aufmerksame Lektüre nichtsozialistischer und antimarxistischer Werke — wozu ich während meiner Haft ausgiebig Gelegenheit hatte — ließen mir eine andere Lösung als die des Sozialismus als möglich erscheinen. Ich halte weiterhin den Klassenkampf für das einzige Mittel der Befreiung der Arbeiterschaft. Man erzählt heute, daß in Österreich der Klassenkampf abgeschafft ist. Aber der von der Regierung eingesetzte Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft, Dr. Tino Polla — übrigens charakteristisch, daß in Österreich der Vertreter der Metallarbeiter ein Doktor und kein Arbeiter ist —, dieser Dr. Polla schreibt selbst anlässlich des Konfliktes bei den Fiat-Werken...

Vorsitzender: Das hat mit dem Prozeß gar nichts zu tun, das können Sie nicht sagen.

Man hat die Arbeiter wehrlos gemacht, ihnen alles genommen und gibt ihnen dafür Versprechungen. Eine „echte Demokratie“ soll kommen, in der 50.000 Arbeiter dasselbe Recht haben wie 50 Unternehmer. Das hat man ihnen aber erst versprochen! Gegeben hat man ihnen eine Gewerkschaft, die keine ist, man gibt ihnen Vertrauensmänner, die kein Vertrauen haben, denn sie sind ernannt und nicht gewählt. Der Industriellenbund allerdings wählt sich die seinen! Und was Millionen in diesem Lande nur grollend ertragen, das heißt christlicher Ständestaat.

In der Anklageschrift wird uns vorgeworfen, daß wir den Klassenkampf mit revolutionären Mitteln führen wollen, also für die Revolution sind. Auch das zu leugnen fällt mir nicht ein, nur ist es ganz und gar falsch, zu behaupten, eine Revolution könne nur Bürgerkrieg und blutige Gewalt bedeuten. Ferdinand Lassalle sagt in seiner Schrift „Die Wissenschaft und die Arbeiter“: „Revolution heißt Umwälzung, und eine

Wem nützt die Hetze gegen den ÖGB?

In der Ersten Republik hat der Kampf gegen die Demokratie mit der antigewerkschaftlichen Hetze begonnen. Ebenso wie die politischen wurden auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer diffamiert. Reaktionäre und Faschisten warnten vor den „Kollektiven Mächten“, während sie selbst die Diktatur vorbereiteten. Sind wir heute wieder soweit?

Zwischen damals und der Gegenwart gibt es große Unterschiede: Wir verfügen heute über eine geschichtliche Erfahrung, die uns damals gefehlt hat. Es ist daher zu hoffen, daß rechtzeitig den Anfängen gewehrt wird, ehe es wieder einmal zu spät ist. Aber auch die ökonomische Lage ist heute anders als in den zwanziger und dreißiger Jahren. Damals gab es die furchtbare Wirtschaftskrise, hunderttausende Arbeitslose und bei den Beschäftigten eine panische Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Der Kampf gegen die Gewerkschaften wurde geführt, um alle Lasten der Krise den Massen aufbürden zu können.

Heute haben wir, trotz periodisch wiederkehrender „Rezessionen“, eine prosperierende Wirtschaft, die gewaltige Profite abwirft. Es drängt sich daher die Frage auf: Wem nützt unter diesen ökonomischen Bedingungen, die sich also wesentlich von jenen der zwanziger und dreißiger Jahre unterscheiden, die antigewerkschaftliche Hetze?

Die Gewerkschaften sind ihnen „zu stark“

Die Antwort auf diese Frage finden wir in diversen Unternehmerzeitungen, die ständig darüber Klage führen, daß die Vollbeschäftigung die Arbeitsmoral verderbe und die Position der Gewerkschaft zu stark mache. „Wie sollen wir uns“, heißt es in diesen Klageblättern, „gegen die überspitzten Forderungen der Ge-

werkschaften wehren, wenn es einen Mangel an Arbeitskräften gibt, wenn keine Armee von Arbeitslosen drohend vor den Betrieben steht?“

Manche Unternehmervertreter haben ernsthaft die Frage zur Diskussion gestellt, ob nicht eine „gewisse Arbeitslosigkeit“ von heilsamer Wirkung wäre. Die Hetze gegen die Gewerkschaft, die bei uns seit dem Olah-Prozeß auf vollen Touren läuft, soll nun das erreichen, was bisher unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Prosperität nicht erreicht werden konnte:

● Eine Schwächung der Gewerkschaften, damit diese bei den Auseinandersetzungen mit den Unternehmern nicht mehr eine so starke Position einnehmen können wie bisher. Die Überlegung ist sehr einfach: Gelingt es, eine größere Anzahl von Arbeitnehmern zum Austritt aus der Gewerkschaft zu bewegen, dann spielen diese Ausgetretenen eine ähnliche Rolle wie die Arbeitslosen in der Zeit der großen Wirtschaftskrise: Durch ihr Abseitsstehen verändern sie das Kräfteverhältnis zugunsten der Unternehmer und ermöglichen es diesen, eine harte Sprache zu sprechen, die Forderungen der Arbeitnehmer abzulehnen.

Nehmen wir als Beispiel die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, nach schrittweiser Einführung der 40-Stunden-Woche. Als dieses berechnete Verlangen zum ersten Mal erhoben wurde, reagierten die Unternehmer mit einem sturen Nein. Inzwischen haben sie sich bereit gefunden, über die Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln. Warum? Weil sie von den sachlichen Argumenten, die von gewerkschaftlicher Seite vorgebracht wurden, bekehrt worden sind?

Das mag für Einzelfälle zutreffen, aber nicht für die maßgeblichen Unternehmerkreise. Diese sind nur deshalb vom sturen Nein abgegangen, weil sie erkannt haben, daß die Gewerkschaften stark genug sind, eine

Revolution ist somit stets eingetreten, wenn, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt — auf die Mittel kommt es dabei gar nicht an — ein neues Prinzip an die Stelle des bestehenden Zustandes gesetzt wird.“ Gewiß sagt Marx, daß die Gewalt die Geburtshelferin einer neuen Gesellschaft ist, aber er sagt auch: Die Idee wird zur Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Indem also unsere Idee immer größere Teile des Volkes für sich gewinnt, erlangen wir die Mehrheit und dadurch die Macht. Wir haben jedoch in unserem Lande nicht die Möglichkeit, unsere Idee zu vertreten — ihre Bekenner wandern in den Kerker.

Man gebe uns das, was die Arbeiterschaft Englands, Frankreichs und anderer Länder als selbstverständliches Recht hat: die Freiheit der Idee — und es wird keine illegale sozialistische Bewegung geben!

Überdies kann man an hunderten Beispielen nachweisen, daß die blutige Gewalt von der anderen Seite kommt.

Nicht wir waren es, die den freigewählten Bürgermeister von Wien aus dem Rathaus fortgeschleppt haben...

Vorsitzender (unterbrechend): Das gehört nicht hierher, das lasse ich nicht zu.

Gewiß wünschen wir als Sozialisten, daß sich die kommende Entwicklung auf dem Boden der Humanität vollziehe. Aber die Ereignisse sind vielfach davon abhängig, wie stark die Rachegefühle nach den erlittenen Qualen sind. Darüber aber entscheiden nicht wir, darüber entscheiden die augenblicklich Herrschenden — sie haben es also in der Hand!

Wir sind gegen jeden Putsch und jeden Terror, vor allem deshalb, weil wir nicht so töricht sind, uns mit unserem Gegner auf einem Felde, auf dem er uns ungeheuer überlegen ist, zu messen. Einen Staat, der jährlich viele hunderte Millionen für seine Exekutive ausgibt, den kann man nicht mit Krampfen und Schaufeln besiegen.

Unser Land ist klein und vom Ausland abhängig;

wie sehr es das ist, beweisen die ständigen Bemühungen um Garantierung unserer Unabhängigkeit durch die Großmächte. Es ist durchaus denkbar, daß unter dem Einfluß von Linksregierungen in den für Österreich wichtigen Staaten diese Mächte erklären, daß sie nur dann bereit wären, die Österreichische Unabhängigkeit zu garantieren oder Österreich in seinen chronischen Finanznöten beizustehen, wenn in Österreich ein System herrscht, das die Zustimmung des österreichischen Volkes hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Bauern mit den Arbeitern für die Wiederherstellung der Freiheitsrechte zusammenschließen; die Rückkehr zur Demokratie muß nicht eine Folge blutiger Kämpfe sein. Es ist auch möglich, daß die Regierung in einem ernstesten Moment die breiten Massen des Landes zur Verteidigung der Grenzen aufrufen muß.

Aber nur ein demokratisches Österreich wird dieses Volksaufgebot zustande bringen. Nur freie Bürger werden gegen Knechtung kämpfen. Denken Sie an die heldenhaften Februarkämpfer — so wird fast ein ganzes Volk leidenschaftlich seine Freiheit verteidigen! Ich erinnere daran, daß, als vor einigen Jahren Mussolini gedroht hat, die Trikolore über den Brenner zu tragen, die Arbeiterschaft sich auf Ersuchen der Regierung bereit erklärt hat, das Land zu verteidigen. (Der Vorsitzende läßt Kreisky nicht weiterreden — über Mussolini durfte man in Österreich nicht die Wahrheit sagen!)

Daß man uns jetzt einen Hochverratsprozeß macht, beweist dagegen gar nichts. Es hat in Österreich schon früher Hochverratsprozesse gegeben. Damals war unsere Partei ebenso verfermt und verfolgt wie heute. Immer wieder stand Viktor Adler vor Gericht, viele Monate war er in Haft. Und doch — als die große Monarchie zusammenbrach, hat man ihn zum Kaiser gerufen, damit er helfe. Zum Dank hat man jetzt freilich gleich nach dem Februar sein Denkmal geschleift... (Der Vorsitzende unterbricht hier abermals) Dann stellte man noch an Genossen Kreisky verschiedene Fragen.

Verkürzung der Arbeitszeit zu erzwingen und es daher klüger ist, sich mit ihnen an den Verhandlungstisch zu setzen.

Die Hetze gegen die Gewerkschaften würde, hätte sie Erfolg, den Unternehmern in Zukunft einen solchen Rückzug ersparen. Sie könnten es sich leisten, beim streuen Nein zu bleiben, weil eine diffamierte und geschwächte Gewerkschaft keine ernstzunehmende Kampfkraft darstellt.

Damit beantwortet sich die Frage, wem die anti-gewerkschaftliche Hetze nützt: Sie nützt jenen Scharfmachern auf der Unternehmenseite, die jeden sozialen Fortschritt ablehnen.

Angst vor der Mitbestimmung

In allen modernen Industrieländern bilden die Arbeiter und Angestellten die große Mehrheit der berufstätigen Bevölkerung. In Österreich sind über 70 Prozent der Berufstätigen Arbeiter und Angestellte. Die Forderung, daß diese große Mehrheit auch im wirtschaftlichen und betrieblichen Bereich ein echtes Mitbestimmungsrecht haben soll, ist daher zutiefst demokratisch.

Meinungsumfragen haben ergeben, daß die von den Gewerkschaften erhobene Forderung nach betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung ungemein populär ist, vor allem bei der jungen Generation. Die Diskussionen über den Themenkreis „Mitbestimmung“ finden ein ungewöhnlich starkes Echo. Und was noch bedeutsamer ist:

Bei diesen Diskussionen zeigt sich, daß Menschen verschiedener Weltanschaulicher Richtung in der Forderung nach Mitbestimmung weitgehend übereinstimmen. Sozialistische und christliche Gewerkschafter wollen aus dem manipulierten Arbeitnehmer von heute einen bewußt mitbestimmenden Menschen machen. Die kleine Gruppe der Kapitaleigentümer und Spitzenmanager hat aber Angst vor der Mitbestimmung. Sie will auf die Privilegien der Macht nicht verzichten. Wie kann sich eine so kleine Gruppe über den Willen der großen Mehrheit hinwegsetzen? Wird sie nicht eines Tages gezwungen sein, über die Mitbestimmung ebenso zu verhandeln wie gegenwärtig über die Arbeitszeitverkürzung?

Die Anhänger des Herr-im-Haus-Standpunktes haben nur eine Hoffnung: Die Schwächung der Gewerkschaft durch eine systematisch betriebene anti-gewerkschaftliche Hetze. Hat diese Hetze Erfolg, lassen sich die Arbeitnehmer gegen ihre eigene Interessenvertretung ausspielen, dann wird es auch keine Mitbestimmung geben.

Ziehen wir die Schlußfolgerung: Wer erkannt hat, wem die Hetze gegen den ÖGB nützt, sollte darüber mit jenen Kollegen kameradschaftlich diskutieren, die dieser Hetze zum Opfer gefallen sind. Wir dürfen nicht müde werden, eine einfache aber überzeugende Wahrheit zu wiederholen:

● Ohne starke Gewerkschaft gibt es keinen sozialen Fortschritt und keine Demokratisierung der Wirtschaft.

In der anti-gewerkschaftlichen Hetze spielen neben einigen Presseerzeugnissen die Massenmedien eine entscheidende Rolle. Um die Macht des Fernsehens und des Hörfunks zu erkennen, müssen wir uns ihrer monopolistischen Charakter bewußt werden: Es gibt neben ihnen keine Konkurrenz, sie beherrschen das Feld der Meinungsmanipulation wie ein riesiges Kartell, das alle Konkurrenten vernichtet hat.

Sicherlich soll die negative Rolle, die etwa die „Kronen-Zeitung“ spielt, nicht unterschätzt werden. Aber wir haben immerhin die Möglichkeit, die arbeitenden Menschen aufzufordern, dieses Boulevardblatt nicht zu lesen und für unsere eigene Presse Propaganda zu machen. Völlig anders ist die Situation bei den Massenmedien. Es wäre sinnlos, zum Boykott von Hörfunk und Fernsehen aufzurufen. Die Benützung dieser Einrichtungen, die der Unterhaltung und der Information dienen, ist zu einem Bestandteil des modernen Lebens geworden. Welcher sportbegeisterte junge Mensch wird etwa darauf verzichten, sich die Übertragung eines sportlichen Wettkampfes auf dem Bildschirm anzusehen? Natürlich schaltet er nicht aus, wenn Nachrichten oder politische Bemerkungen gebracht werden.

Um so schändlicher ist der zügellose Mißbrauch der Massenmedien für die anti-gewerkschaftliche Hetze. Der „unabhängige“ ORF stellt damit seine Abhängigkeit von den schlimmsten Reaktionen unter Beweis. Müs-sen wir uns diesen schändlichen Mißbrauch gefallen lassen?

Ein berechtigter Protest

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat nur ausgesprochen, was alle demokratisch gesinnten Österreicher fühlen, als er folgendes Telegramm an den Diktator des ORF sandte:

● „Wir protestieren gegen die gewerkschaftsfeindliche Haltung des ORF und die Hetze gegen die Funktionäre des ÖGB.

In der jüngsten Vergangenheit haben wir erlebt, was geschieht, wenn die Freie Gewerkschaft entmachtet wird.

Wir lassen es nicht zu, daß unsere so schwer erungene Freiheit und Demokratie gefährdet wird, denn im Widerstandskampf haben wir alle Opfer um der Freiheit willen auf uns genommen.“

Generalintendant Gerd Bacher ist dafür bekannt, daß er auf Briefe, Telegramme und Resolutionen nicht antwortet. In diesem Fall sah er sich aber veranlaßt, zum Protest der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus Stellung zu nehmen. Wir veröffentlichen sein Antwortschreiben im vollen Wortlaut:

„Ich bestätige den Erhalt Ihres Protesttelegramms, glaube allerdings, daß es sich hier um ein grobes Mißverständnis handelt. Der ORF hat sich zu keiner gewerkschaftsfeindlichen Kampagne hergegeben und wird dies auch in Zukunft nie tun. Seine führenden Funktionäre sind wie Sie davon überzeugt, daß eine freie Gewerkschaftsbewegung zu den wesentlichsten Faktoren einer funktionierenden Demokratie zählt.

Was Sie gewerkschaftsfeindliche Haltung nennen, scheint in Wahrheit nur die Wiedergabe der gesamtösterreichischen Diskussion um die Demokratisierung des ÖGB zu sein. Eine Diskussion, in die immerhin so bedeutende politische Funktionäre wie Justizminister Professor Dr. Klecatsky, ÖGB-Präsident Benya oder Professor Klenner usw. eingegriffen haben und bei uns ausführlich zu Wort gekommen sind.

Der ORF ist kraft des Rundfunkgesetzes erhalten, ein Spiegelbild der politischen und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung in Österreich zu sein. Es ihm anzulasten, daß es einen öffentlichen Disput über die Stellung der Sozialpartner und der Interessenverbände im System der demokratischen Kontrollen gibt, erscheint uns als unfair. Ich wüßte außerdem nicht, wer für die freie Diskussion mehr Verständnis haben müßte als Ihr Verband, dessen Mitglieder mit ihrem Leben für dieses Grundlelement der Demokratie eingetreten sind.

Angesichts der loyalen Beziehungen, die zwischen ÖGB-Präsident und meiner Wenigkeit bestehen, kann ich mir kaum vorstellen, daß sich der von mir hochgeschätzte ÖGB-Präsident nicht an mich gewandt hätte, bestünde Ihr Vorwurf zu Recht.“

Mit den besten Grüßen
Gerd Bacher

Kopie an: Herrn Präsident Benya,
Alle Mitglieder des ORF-Aufsichtsrates,
Sozialistische Korrespondenz,
Arbeiter-Zeitung,
APA.

Es hätte wenig Sinn, die Korrespondenz mit Herrn Gerd Bacher fortzusetzen. Wir beschränken uns daher auf einige Feststellungen:

1. Wir haben niemals gegen eine Diskussion protestiert, bei der auch Kritik am ÖGB geübt wird. Aber es ist eine Tatsache, daß viele Sendungen absolut nichts mit einer Diskussion zu tun haben, sondern lediglich der Diffamierung des ÖGB und seiner Funktionäre dienen. Nur dagegen haben wir protestiert.

2. Eine Demokratisierung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes wäre nur dann notwendig, wenn es sich beim ÖGB um eine nichtdemokratische Organisation handeln würde. Aber davon kann keine Rede sein. Der ÖGB ist nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut, seine Funktionäre werden gewählt.

Natürlich kann jede demokratische Organisation verbessert und weiterentwickelt werden. Daher ist konstruktive Kritik nur zu begrüßen. Aber das Gerede von der „Demokratisierung“ des ÖGB soll den Eindruck erwecken, als müsse in den Gewerkschaften die Demokratie erst eingeführt werden.

3. Es ist richtig, daß die Mitglieder des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus mit ihrem Leben für die Demokratie eingetreten sind. Natürlich gehört die freie Diskussion zu den Grundelementen der Demokratie. Weil wir das

wissen, sind wir über die im ORF geäußerte Meinung des Justizministers Dr. Klecatsky, der ÖGB sollte unter Staatskontrolle gestellt werden, zutiefst empört.

Staatlich kontrollierte Gewerkschaften hören auf, freie Gewerkschaften zu sein. Und das bedeutet auch das Ende einer freien, demokratischen Diskussion. Unsere Empörung ist um so größer, als der gleiche Justizminister, der den ÖGB unter Staatskontrolle stellen möchte, sich weigert, gegen die neonazistische „National-Zeitung“ einzuschreiten, obwohl es dazu gesetzliche Möglichkeiten gibt. Der Justizminister wünscht also einen Maulkorb für die Gewerkschaften, aber unbeschränkte Freizeit für Neonazis.

Wir werden auch in Zukunft gegen den Mißbrauch der Massenmedien protestieren und hoffen, daß sich alle demokratischen Österreicher diesem Protest anschließen werden.

Aus der BRD:

Schluß mit dem Skandal der „National-Zeitung“?

Während man bei uns in Österreich trotz der Proteste, die aus allen Kreisen der demokratisch gesinnten Bevölkerung kommen, nichts oder kaum etwas gegen das aus der Bundesrepublik importierte üble Presseerzeugnis unternimmt — vielleicht ist es wirklich wahr, daß es einer Art „Aufwertung“ gleichkäme, wenn man sich dieses Hetzblattes bei uns einmal



Die Kreiskommission zur Untersuchung der Hitlerverbrechen in Kraków führt ein umfangreiches Untersuchungsverfahren gegen die SS-Mannschaft des Konzentrationslagers Płaszów, um die verbrecherische Tätigkeit einzelner SS-Leute festzustellen. Insbesondere handelt es sich um

SS-Hauptsturmführer Dr. Max Blank (Lagerarzt),
SS-Untersturmführer Anton Schiedt (er war in den Jahren 1940 bis 1941 Lagerkommandant in Szebnie bei Jasło),
die SS-Untersturmführer Alfred Kalfuss, Albert Hujar und Willi Staub,
SS-Hauptscharführer Willi Ecker,
die SS-Rottenführer Franz Grün (geboren am 5. Oktober 1902 in Wien), Viktor Ritsch und Johann Wolfgang Gross,
SS-Zugwachmann Arwid Janetz (er war der Chef der ukrainischen Lagerwache),
SS-Aufseherin Inge Krüger sowie
die SS-Leute Bugel, Unkelbach, Mohwinkel, Rügge und Neuschel.

Alle diese SS-Angehörigen stehen in dringendem Verdacht, Verbrechen gegen Polen in Krakau selbst sowie in den Gebieten um Wielicka und Niepolomice begangen zu haben. Genossinnen oder Genossen, die im KZ Płaszów inhaftiert waren oder sonst etwa Informationen über die oben genannten SSler machen können, werden gebeten, uns zu schreiben.

ernsthaft annähme —, hat nun die Regierung in der deutschen Bundesrepublik zu einem entscheidenden Schlag ausgeholt: Der Innenminister wurde beauftragt, gegen den Herausgeber und Chefredakteur der „Deutschen National-Zeitung“, Frey, und seinen Verlag beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Verwirkung der Grundrechte gemäß Art. 18 Grundgesetz zu stellen. Im Ergebnis läuft dieser Antrag auf ein Verbot der „DNZ“ hinaus. Tatsächlich ist es nicht mehr länger tragbar, daß eine in der Bundesrepublik erscheinende Zeitung so offen ungestraft nationalistisch-chauvinistische Hetze betreiben kann. Vor allem im Ausland hat dieses rechtsradikale Blatt zunehmende Kritik und Besorgnis ausgelöst.

Die Pressefreiheit ist in einem freiheitlichen Rechtsstaat grundsätzlich auch demjenigen garantiert, der eine noch so extreme politische Position bezieht.

Der Grundrechtskatalog ist jedoch kein Selbstmörderpakt.

So geht denn auch das bundesdeutsche Grundgesetz in seinen Art. 18 und 21 davon aus, daß der demokratische Staat sich nicht neutral verhalten kann und darf, wenn seine Existenz gefährdet wird. Die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist geeignet, mögliche Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidung der Bundesregierung zu beschwichtigen. Dieses Gericht hat in zahlreichen Entscheidungen zu erkennen gegeben, daß es die Pressefreiheit als eine der tragenden Säulen des Staates ansieht.

Wie auch immer das Verfahren ausgehen wird, sein Ergebnis wird das politische Leben der Bundesrepublik nicht unwesentlich beeinflussen. Denn erstmals wird eine Entscheidung über die Anwendung eines Grundgesetzartikels herbeigeführt werden, der sich für die Ausübung und Verteidigung der Grundrechte entweder als scharfe oder stumpfe Waffe erweisen kann. Eine Klärung über die Bedeutung des Art. 18 Grundgesetz in der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik war längst überfällig. Und daher ist es sehr zu begrüßen, daß im Fall der berüchtigten „Deutschen National- und Soldatenzeitung“ ein Schritt getan worden ist, zu dem das deutsche Grundgesetz — also die Verfassung der deutschen Bundesrepublik — die Handhabe gibt.

Mahnmal für NS-Opfer in Luxemburg

Auf dem Friedhof Nôtre-Dame in Luxemburg ist ein Ehrenmal für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft eingeweiht worden. Das Mahnmal steht in unmittelbarer Nähe des Heinzler-Kreuzes, wo zahlreiche Luxemburger Widerstandskämpfer nach ihrer Ermordung bestattet worden sind.

WIR BITTEN

um Nachricht

Wer kann sich an Hermann Weiss erinnern?

Hermann (Hersch) Leib Weiss (r. Kraus), Kraus Zwi, geboren am 18. August 1899, ist am 2. April 1964 verstorben. Um die Ansprüche seiner Witwe zu wahren, die seinerzeit in Wien 2, Sterneckplatz 5, gewohnt hat, bitten wir jene unserer Genossinnen und Genossen, die sich an Kraus Zwi erinnern können, sich mit Genossin Muhr in der Löwelstraße in Verbindung zu setzen.

Genosse Kraus Zwi war aktives Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und mußte im Zusammenhang mit dem Februar 1934 in die Emigration gehen.

*

Wer war nach 1934 in Brünn?

Wir suchen dringend Schutzbündler, die nach dem Februar 1934 in die CSR geflüchtet sind und in Lisne bei Brünn bei der Familie František und Božena Ondrač Asyl gefunden haben. František Ondrač war lange Jahre im KZ Dachau und im KZ Buchenwald inhaftiert und ist bereits vor sechs Jahren verstorben.

Nun würde seine Witwe Božena eine Bestätigung über die Zeit brauchen, in der sie und ihr Gatte geflüchteten Schutzbündlern Hilfe und Unterkunft gewährt haben.

Daher bitten wir Euch, auch bei unseren Genossen nachzufragen, die damals in die Tschechoslowakei flüchten mußten, und uns sogleich zu verständigen. Vielleicht kann wenigstens noch ein Genosse ausfindig gemacht werden, der über die Hilfsbereitschaft der Familie Ondrač im Februar 1934 Auskunft geben kann.

*

Wir brauchen Eure Mitarbeit!

Es ist beabsichtigt, ein großes Sammelwerk, einen richtigen „Katalog“ über alle Mahnmale, Gedenkstätten und Gedenktafeln, Weiheräume oder Gedenksteine herauszugeben, die in Österreich an die vielen Opfer unseres Freiheitskampfes erinnern. Daß ein solches Vorhaben ohne Eure Mitarbeit natürlich nicht verwirklicht werden kann, versteht sich von selbst. Denn an vielen Orten hat man unserer Opfer pietätvoll gedacht; manchem von uns, die wir alle unser Versprechen „Niemals vergessen!“ halten und erfüllen, war das zu einem so selbstverständlichen inneren Bedürfnis geworden, daß eine Mitteilung an uns einfach unterblieben ist.

Darum wollen wir nun im Verein mit den anderen Opferverbänden ein möglichst vollständiges Werk schaffen, das in würdiger Form ein umfassendes Bild über den Widerstandskampf im ganzen Lande gibt — Mahnung für unsere Jugend und Vermächtnis für künftige Generationen nach uns.

Es möge daher jeder und jede von Euch feststellen, ob und wo sich solche Gedenkstätten befinden, vorerst natürlich in Euren eigenen Bezirken, aber natürlich auch anderswo, etwa in einem Urlaubsort, wenn Ihr einer solchen Stätte gewahr werdet. Wir brauchen freilich möglichst genaue Angaben, wo sich eine solche Gedenktafel befindet, wer sie errichtet hat und wem sie gewidmet ist, sei es ein einzelnes Opfer oder eine Gruppe von Widerstandskämpfern oder KZ-Häftlingen. Wird sind für jede Mitteilung dankbar und werden allen Genossinnen und Genossen dann nach einem angemessenen Zeitraum schreiben, was wir in jedem einzelnen Fall dann weiter zu tun gedenken. Denn selbstverständlich werden uns viele Mahnmale oder Erinnerungstafeln mehrfach gemeldet werden, manche werden uns ja auch bestens bekannt sein, und von anderen wieder werden wir schon geeignete Photos besitzen. Aber es soll sich niemand denken, daß seine

Meldung nicht notwendig wäre, weil das betreffende Denkmal... „ja ohnehin bekannt sein dürfte“. Lieber viele Standorte mehrfach gemeldet, als eine einzige Gedenkstätte nicht in das Werk aufgenommen zu haben!

Wenn alle Mitteilungen dann von uns gesichtet sein werden, soll in der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände nochmals eine systematische Durchsicht erfolgen, damit dann entschieden werden kann, welche Gedenkstätten, Denkmäler oder Erinnerungstafeln noch nicht fotografiert worden sind. Für das Buch müssen nämlich die Photos doch von einem Fachmann aufgenommen werden, weil die graphische Gestaltung des „Katalogs“ doch sehr von der Qualität des Bildmaterials abhängt, das dann zur Verfügung steht. Wer freilich seine kurze Meldung, die wir erbitten, auch noch mit einem etwa schon vorhandenen Amateurphoto ergänzen kann, das vielleicht anlässlich einer Enthüllungsfierlichkeit oder sonst bei einem Besuch aufgenommen worden ist, dem sind wir besonders dankbar. Aber separat eine Aufnahme zu machen oder machen zu lassen, sollt Ihr Euch im Rahmen dieser Aktion nicht entschließen; wir haben ja vorhin schon erklärt, warum.

Wir hoffen also, daß wir schon bald die ersten Meldungen von Euch bekommen; die sommerliche Urlaubszeit bietet dafür ja viele Möglichkeiten. Und wir stellen uns vor, daß wir vielleicht schon im Monat September mit der abschließenden Durchsicht und Prüfung aller eingegangenen Meldungen beginnen können.

Bitte haltet also alle Ausschau, besprecht Euch mit anderen Genossen und schickt uns die kurzen Meldungen so bald als möglich. Besten Dank!

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Alsergrund

Jahreshauptversammlung. Die Jahreshauptversammlung unserer Bezirksgruppe fand am 26. März 1969 um 18.15 Uhr statt. Genossin Josefine Beyer eröffnete die Versammlung und begrüßte die Anwesenden, besonders den Genossen Hindels. Sie bedauerte das Fernbleiben des erkrankten Genossen Mörzinger und des Genossen Stipl.

Die Genossin Josefine Beyer erläuterte in ihrer Einleitung die Hauptsorge der Bezirksgruppe, die in den letzten Jahren nur wenig Arbeit in der Organisation leistete. Es wurde einstimmig beschlossen, die Organisationsarbeit zu intensivieren. Unser Bezirkssekretär Genosse Lustig hat hierzu seine besondere Mithilfe zugesagt.

Nach diesen kritischen Ausführungen und der prinzipiellen Beschlußfassung sowie nach vorerst mit jedem Genossen abgesprochenem, persönlichem Arbeitseinsatz — weil unbedingt volle Einsatzbereitschaft nötig ist — wurde die Liste des neuen Ausschusses zum Vorschlag gebracht, welche auch einstimmig angenommen wurde:

1. Obmann:	Genossin Josefine Beyer
2. Obmann:	Genosse Eduard Studena
Kassier:	Genosse Gerhard Lustig
Schriftführer:	Genossin Elisabeth Jakupec
Kontrolle:	die Genossen Stefan Cseh und Leopold Brünler
Kataster:	Genosse Friedrich Jakupec
Beisitzer:	die Genossen Smejkal, Loibl und Schön

Die Genossin Beyer dankte in kurzen Worten für die Wahl. In der sich nun anschließenden Diskussion wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Genosse Studena meinte ganz richtig, der Bund sei kein „Veteranenverein“, sondern hätte gerade heute wieder seine ganz besondere politische Aufgabe. Insbesondere müssen wir uns auch unserer Jugend annehmen.

Sodann referierte Genosse Hindels über die heutige politische Lage in Österreich, aber auch in Deutschland, wo die scheinbar kleinen Flämmchen eines neuerwachenden Nazismus (welche genau betrachtet gar nicht mehr so klein seien) nun wieder eine ansteigend drohende Gefahr darstellen.

Genossin Beyer dankte Genossen Hindels für sein aufschlußreiches Referat und schloß um 19.15 Uhr die Versammlung.

Rudolfsheim

Karl Holoubek — 70 Jahre! Am Montag, dem 21. April 1968, wurde Genosse Karl Holoubek 70 Jahre alt. Sein Name ist ganz eng verknüpft mit den Revolutionären Sozialisten, und sein Eintreten für seine sozialistische Überzeugung hat ihn mehrmals in die Gefängnisse des grünen und des braunen Faschismus geführt: Insgesamt hat er 66 Monate in Haft verbracht.

Der Wiener Handwebersohn, der schon als Vierzehnjähriger zur Sozialistischen Arbeiterjugend kam, wurde zunächst Bildungsfunktionär in Rudolfsheim, später Mitglied der Bildungszentrale, wo er sich vor allem um die Arbeiterbüchereien verdient machte. Holoubek absolvierte die Arbeiterhochschule,

wurde 1932 Leiter der Wiener Jungfront und kandidierte für den Gemeinderat und den Nationalrat. Als nach 1934 die sozialistischen Organisationen zerschlagen wurden, arbeitete Holoubek illegal weiter. Bis 1938 war er Organisationsleiter der Wiener Revolutionären Sozialisten.

Wenige Monate nach dem Anschluß wurde er von der Gestapo verhaftet und „wegen Vorbereitung zum Hochverrat“ vom Berliner Volksgericht verurteilt. Zweieinhalb Jahre saß er in Stein im Gefängnis, dann wurde er zum berüchtigten Strafbataillon 999 eingezogen.

Aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, nahm Genosse Holoubek seine politische Arbeit sofort wieder auf: zunächst als Bezirksobmann der SPÖ Rudolfsheim, von 1950 an im Bundesrat und von 1953 bis 1966 als Abgeordneter des Wahlkreises 6 im Parlament. Noch heute ist der Jubilar Obmann der Kontrolle in seiner Bezirks- und in der Wiener Landesorganisation.

Wir gratulieren herzlichst!

Währing

Karl Lambor †. Im Mai dieses Jahres erlosch ein 74jähriges Leben und Erleben nach kurzer Krankheitsdauer: Unser Genosse Karl Lambor ist tot. Er war ein treues Mitglied unserer Organisation und nahm viele lange Jahre beträchtlichen Anteil am Werden der neuen Bewegung.

Die Jahre von 1930 bis 1938 sollen ihm unvergessen bleiben. Im Namen der Mitglieder unserer Bezirksgruppe sprechen wir seiner Familie nochmals unser Beileid aus, und wir geloben uns, dem teuren Toten stets eine dankbare Erinnerung bewahren zu wollen. „Niemals vergessen!“

Döbling

Marie Zaunstock †. Am 28. April 1969 versammelten sich viele Genossinnen und Genossen in der Halle I des Wiener Zentralfriedhofes, um von unserer Genossin Marie Zaunstock Abschied zu nehmen. Das Geleit, das wir Marie Zaunstock geben konnten, war wohl sehr kurz; aber um so rührender waren die Abschiedsworte, die die Ehrenvorsitzende des Bundes Sozialistischer Frauen Österreichs, unsere 90jährige Genossin Gabriele Proft, gesprochen hat.

Genossin Proft schilderte das Leben der Genossin Marie Zaunstock, die Mitbegründerin der Gewerkschaft der Hausgehilfinnen war und die immer für die Ziele unserer Sozialistischen Partei und für das Wohl ihrer Mitmenschen kämpfte. Zuerst diente sie bei fremden Leuten — später dann in der Familie des Genossen Friedrich Adler, wo sie bald wie ein Familienmitglied galt. Es war ergreifend und erfreulich zugleich, daß die Verstorbene bis zuletzt engen Kontakt mit der Familie und mit den Nachkommen Friedrich Adlers hielt. Als Friedrich Adler in der Schweiz lebte, war Genossin Zaunstock oft auf Besuch und brachte wichtige Nachrichten und Grüße mit. Bis zum Tode Luitpold Sterns war unsere Kampfgefährtin Leiterin der Arbeiterhochschule.

Nach Worten des Dankes für die großen Leistungen verabschiedete Genossin Proft unsere teure Tote mit einem letzten „Freundschaft!“ — worauf der Trauerchor das Lied „Feierabend“ vortrug.

Genosse Johann Haas legte an der Bahre unserer Kampfgefährtin ein Blumengebinde nieder, dessen Schleife die mahnenden Worte „Niemals vergessen!“ trug.

Die Urnenbeisetzung fand Mittwoch, den 30. April 1969, im Urnenhain des Zentralfriedhofes statt.

Aus den Landesorganisationen Oberösterreich

Steyr: Bezirkskonferenz. Am Sonntag, dem 1. Juni 1969, fand um 9.30 Uhr im Gasthof „Gamsjäger“ die Bezirkskonferenz der Bezirksgruppe Steyr des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer statt. Der Geschäftsführende Bezirksobmann Genosse Matthias Mühlböck konnte bei dieser Konferenz unseren Genossen Hirsch vom Landesvorstand als Referent begrüßen.

Nach der Begrüßung gedachte der Vorsitzende in würdigen Worten unseres kürzlich verstorbenen Bezirksobmannes Genossen Erich Katzlinger und versicherte, daß seiner stets würdig gedacht werden wird. Dann ging Genosse Mühlböck mit einem kurzen Tätigkeitsbericht der einzelnen Bezirksvertreter in die vorher genehmigte Tagesordnung der Konferenz ein.

Kassier Genosse Riedler brachte unter anderem seinen Kassabericht, und Genosse Ahrer beantragte namens der Kontrolle die Entlastung von Kassier und Bezirksausschuß. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nun erteilte Genosse Mühlböck dem Genossen Hirsch das Wort zu seinem Referat. Genosse Hirsch übermittelte vorerst die Grüße der Landesleitung und ging in seinen Ausführungen auf die bevorstehende Novellierung des Opferfürsorgegesetzes ein. Hiezu verwies der Referent auf die letzte Nummer unserer Zeitung, in welcher die einzelnen von ihm erläuterten Forderungspunkte sehr ausführlich dargestellt waren.* In bezug auf die organisatorische Tätigkeit des Landesverbandes konnte Genosse Hirsch berichten, daß auf Grund der Bestimmungen des neuen Statuts bereits doch eine bedeutsame Zahl von unterstützenden Mitgliedern für unseren Bund gewonnen werden konnten und unser Kampf gegen Faschismus und Antisemitismus somit auch in Zukunft nicht erlahmen wird. Mit dem Appell an die Versammelten, auch weiterhin treu zusammenzustehen und eifrig für einen erfolgreichen Aus-

gang der Nationalratswahlen am 1. März 1970 zu werben, schloß Genosse Hirsch sein Referat.

In der anschließenden Neuwahl wurden einstimmig folgende Genossen in den Bezirksausschuß gewählt:

- | | |
|-------------------|--------------------------------|
| 1. Obmann: | Genosse Matthias Mühlböck |
| 2. Obmann: | Genosse Johann Ahrer |
| 1. Kassier: | Genosse Josef Riedler |
| 2. Kassier: | Genosse Matthias Plank |
| 1. Schriftführer: | Genosse Georg Gramüller |
| Kontrolle: | die Genossen Lehner und Steubl |

Dann wurde dem Jubelpaar Palmberger vom Bezirksvorstand aus Anlaß der Diamantenen Hochzeit und in Würdigung der durch mehr als 50 Jahre bewiesenen Treue zur Sozialistischen Partei ein Geschenkkorb überreicht.

Nach dieser Ehrung wiederholte Bezirksobmann Genosse Mühlböck den Appell des Genossen Hirsch an alle Versammlungsteilnehmer, in den kommenden Monaten für einen erfolgreichen Wahlausgang zu arbeiten und schloß die Bezirkskonferenz mit dem Parteigruß „Freundschaft!“

Steiermark

Max Eibegger †. Einen schweren Verlust hat die Bezirksgruppe Knittelfeld erlitten: Genosse Max Eibegger ist am 4. Mai 1969 plötzlich einer tödlichen Krankheit erlegen.



Genosse Eibegger wurde am 26. April 1901 in Knittelfeld geboren; er entstammte einer vielköpfigen Arbeiterfamilie und hat sich durch Fleiß und Ausdauer vom Bundesbahnangestellten zum Stadtamtsdirektor und Prokuristen der Wohn- und Siedlungsgenossenschaft emporgearbeitet. Sehr jung betätigte er sich bereits in der Sport- und Parteiorganisation. In der Ersten Republik war er Mitglied des Bezirksausschusses Knittelfeld der Sozialdemokratischen Partei; er war auch Mitglied des Republikanischen Schutzbundes und wurde im Frühjahr 1933 im Zuge der Waffensuche im Volksheim Knittelfeld mit den in den KZ Dachau und Mauthausen umgekommenen Genossen Anton Hackl und Josef

Kohl wegen Hochverrats und § 5 des Sprengstoffgesetzes verhaftet und ins Kreisgericht Leoben eingeliefert.

Im Jahre 1934 verlor Max Eibegger seine Stelle bei der Stadtgemeinde Knittelfeld, wurde mit vielen anderen Genossen verhaftet und saß bis Juni 1934 im Bezirksgericht Knittelfeld. Anschließend wurde er in das Anhaltelager Waltendorf gebracht und nach einiger Zeit ins Anhaltelager Wöllersdorf überstellt, wo er bis September 1934 in Haft blieb. Weitere Stationen seines Leidenswegs waren die Jahre 1936 und 1937, während der er neuerlich in das Bezirksgericht Mürzzuschlag eingeliefert wurde. Als Hitler im März 1938 in Österreich einmarschierte, wurde Eibegger wieder verhaftet und erst nach Wochen freigelassen.

Am 26. August 1944, anläßlich der großen Verhaftungswelle, die den Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ bereits ankündigte, wurde er nochmals eingesperrt. So war sein Leben reich an Verfolgungen und Entbehrungen, denn auch die Sorge um die Familie — Genosse Eibegger ist Vater von drei Kindern — kam zu alldem noch dazu.

Genosse Eibegger wurde im Volkshaus Knittelfeld aufgebahrt, und über 50 Kränze schmückten die Aufbahrungsstätte. Am Mittwoch, dem 7. Mai 1969, fanden die Trauerfeierlichkeiten vor dem Rathaus statt. Zuerst nahm Bürgermeister Genosse Seiflinger Abschied; anschließend sprach der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Steiermarks, Genosse Doktor Schachner, tiefempfundene Abschiedsworte. Er schilderte den Lebenslauf unseres verdienten Genossen und führte unter anderem aus: „Im Jahre 1945 stellte sich der teure Verstorbene sofort wieder in den Dienst der Sozialistischen Partei. Er war der Initiator für die Gründung der Bezirkshauptmannschaft Knittelfeld und war führend in der Obersteirischen Wohnstätten-Genossenschaft. Durch seinen Einfluß wurden viele Wohnungen gebaut — war Knittelfeld doch eine der schwerstgebombten Städte Österreichs. Er war auch die treibende Kraft, daß ein neues Volksheim erbaut wurde, als das alte den Bomben zum Opfer gefallen war. Nicht nur die Menschen in Knittelfeld, viele, viele andere weit darüber hinaus, in der Steiermark und in ganz Österreich, haben dem Verstorbenen durch seine Tätigkeit als Nationalrat viel zu verdanken. Er war in vielen Ausschüssen des Parlaments tätig und bei der Textierung von Gesetzen mit dabei. Sein ganzes Leben war nur der Arbeit und dem Kampf gewidmet.“

Eine große Trauergemeinde nahm Abschied von dem Toten: Genosse Dr. Pittermann, die Genossen Fröhbauer und Troll, Bammer und Sebastian sowie die Genossen Horwatek, Matzner und Gratsch, Genossin Pohl, die Genossen Simon Pichler und Vinzenz Lackner und die sozialistischen Bürgermeister des Bezirkes Oberes Murtal, Gemeinderäte und viele Funktionäre erwiesen unserem toten Kämpfer die letzte Ehre.

Der Chor der „Liedesfreiheit“ sang Abschiedslieder und zwei Musikkapellen spielten Trauermusik, als Abordnungen der Gendarmerie, des Bundesheeres, der Freiwilligen Feuerwehr und der Sportorganisationen den Toten auf seinem letzten Wege begleiteten. Trotz des schlechten Wetters — es regnete in Strömen — war eine große Menschenmenge erschienen; der Trauerzug bewegte sich durch die Hans-Ressel-Gasse zum Friedhof, wo der Verstorbene in der Familiengruft beigesetzt wurde. Die Freie Jägerschaft legte einen letzten Bruch ins Grab, und die Chorvereinigung sang „Am Brunnen vor dem Tore“. Es war das Lieblingslied Max Eibeggers. Wir werden ihn niemals vergessen.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Jg. 1969, Nr. 5—6, S. 3.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1050

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



**Unfall
Versicherungen
aller Art**

**Wiener
Städtische
Versicherung
Wien 1
Ringturm**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V. Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden in unseren Wiener Bezirksgruppen

- Werdertorgasse 9 Jeden 1. u. 3. Mo.
2. Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstr.ßer Hauptstraße 96 Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Marktgasse 2 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10/I Jeden 3. Di.
17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Jodlgasse 7 Di. 18.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16. Schuhmeierplatz 17—18 Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Röttergasse 29 (Sekretariat der
Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
18. Gentzgasse 62 Jeden 1. Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 1. u. 3. Mo.
17 bis 18.30 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Jeden 2. Mo.
18 bis 19 Uhr
23. Liesing, Breitenfurter Straße 2 .. Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei: Telefon 63 06 71/243

1. Postgasse 9, 1. Stock
Fachausschuß Montag bis Freitag
der Sicherheitsbeamten 8 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Sa.
Bezirkssekretariat der SPÖ 8 bis 12 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42 Jeden 1. Sa.
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
Wr. Neustadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Wiener Straße 42, Jeden 1. Mo.
9 bis 11 Uhr
St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr
Schwechat, Bezirkssekretariat der SPÖ, Körner-Halle Jeden 1. Fr.
16 bis 18 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Permayerstraße 2 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Tägl. außer Sa.
Arbeiterkammergebäude 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Jeden 1. und 3. Mi.
Hotel „Schiff“, Hoftrakt, Zimmer 3 16 bis 19 Uhr
Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Paris-Lodron-Straße 21, Zimmer 30 .. Jeden Di. und Fr.
8 bis 10 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi.
Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22

- Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mi.
(Zimmer 14), Wiener Straße 16 bis 18 Uhr

Tirol:

- Kufstein, Hötendorferstraße 4

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 26. August 1969